



Gerhard Oberkofler

Wrocław – Von der Stadt des Friedens zur Frontstadt der NATO

Boleslav Iwaszkiewicz

Die Geburtsstunde der Weltfriedensbewegung

Helga E. Hörz

Friedenssicherung mit oder ohne Frauen?

Wrocław – von der Stadt des Friedens zur Frontstadt der NATO

Im Sommer 2016 sammelten sich in Wrocław unter der Losung „Wrocław razem z NATO“ („Wrocław gemeinsam mit der NATO“) Propagandisten der NATO-Aufrüstung zur Vorbereitung eines Krieges gegen Rußland. Katholisch-polnische Kollaborateure haben mit deutschen Kriegsideologen gemeinsame Pressekonferenzen abgehalten.¹ Es ist wirklich immer wieder erstaunlich, wie das historische Gedächtnis ganzer Völker beschädigt werden kann.

Seit 1526 war Wrocław, früher Breslau, unter österreichischer, seit 1741 unter preußischer bzw. deutscher Herrschaft. In den letzten Monaten des zweiten Weltkrieges war es von den deutschen Wehrmachtsführern zur „Festung“ gegen die zur Offensive ansetzenden Sowjettruppen erklärt worden. In der Stadt herrschte der nackte Terror, die Zivilbevölkerung versank im Elend. Erst vier Tage nach Berlin hat Breslau kapituliert (6. Mai), die Stadt war völlig zerstört. Infolge der weltpolitischen Kompromisse zwischen der Sowjetunion und den kapitalistischen Mächten in Jalta und Potsdam ist Breslau 1945 als Wrocław wieder zu Polen zurückgekehrt. Die ersten polnischen Behördenvertreter sind dort am 9. und 10. Mai 1945 eingetroffen.² Mit ungeheurem Schwung ist Polen an den Aufbau des ihm von Deutschland hinterlassenen Trümmerhaufens gegangen. Die Hindernisse waren enorm, denn schon gegen Ende des Krieges orientierten die imperialistischen Kräfte mit den USA als Führungskraft auf den militärischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Krieg gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Bewegungen in den europäischen Ländern. Am 17. März 1948 wurde in Brüssel der Vertrag über gegenseitige Hilfe und gemeinsame Verteidigung zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg als Ausgangspunkt für eine westeuropäische Gruppierung geschlossen. Es bedeutete die endgültige Verabschiedung von den Ideen der alliierten Koalition während des zweiten Weltkrieges. Die Brüsseler Vereinigung errichtete einen „Ausschuß der westeuropäischen Oberbefehlshaber“. Dazu gehörte, obschon die US-amerikanische Politik als eines ihrer Ziele wiederholt die Einheit Deutschlands bezeichnet hat, die Installierung eines separaten westdeutschen Staates als Aufmarschgebiet für eine künftige Konfrontation mit der Sowjetunion. Für Westdeutschland ist am 20. Juni 1948 die Währungsreform in Kraft getreten, eine Finanzaktion, die auf den Profit der sich wieder etablierenden deutschen Bourgeoisie orientierte. Am 1. September 1948 begann unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer (1876–1967) der Parlamentarische Rat in Bonn zu tagen, um mit seinem Grundgesetz für einen westdeutschen Separatstaat die Geschäftsinteressen der USA und die Besitzverhältnisse des westdeutschen Kapitalismus festzuschreiben. Parallel liefen die Vorbereitungen zur Bildung eines Blocks zwischen Kanada und den USA und den fünf Ländern der Westunion in einer Nordatlantikunion, der sich als NATO am 4. April 1949 konstituierte. Während die von den deutschen Eroberungszügen schwerstbetroffene Sowjetunion und die mit ihr verbündeten osteuropäischen Länder versuchten, möglichst unter friedlichen Bedingungen mit dem Aufbau des Sozialismus den Boden für einen neuen Menschen zu bereiten, rüstete der angloamerikanische Imperialismus massiv auf.

In Westdeutschland verbanden sich die katholischen und evangelischen Kirchenführungen offensiv mit dem Adenauer-Regime und mobilisierten ihre Intellektuellen unter bürgerlicher Maske als „Opium“produzenten. Im Elend und in der Verzweiflung der Menschen in der Nachkriegszeit

bot sich die seit 1917 immer wieder kultivierte Symbolik von Fatima (Portugal) mit ihrer zentralen Idee zur Erlösung der Menschen an. Dort hatten sich auf der Hochebene der Estremadura vom Mai bis Oktober 1917 drei analphabetische Kinder eingebildet, Maria, die nach römisch-katholischer Lehre die Mutter von Jesus von Nazareth ist, zu sehen und von ihr Mitteilungen über Sühne, Rosenkranzgebet und Weltweihe an das „Unbefleckte Herz Mariens“ erhalten zu haben. Religionen sind prinzipiell an Privatoffenbarungen wie an Wunder interessiert, wenn diese sich unter bestimmten historischen Bedingungen für ihre politische und geistige Machtausübung als nützlich erweisen. Fatima konnte von der katholischen Kirche gegen die Sowjetunion und den Kommunismus sowie insgesamt gegen die materialistische Weltanschauung verwendet werden. Der Jesuitenpater Luis Gonzaga da Fonseca SJ (1878–1963) hatte frühzeitig unter katholischen Laien mit einem in viele Sprachen und immer wieder aufgelegten Buch die antikommunistischen Kampfvisionen popularisiert.³ Der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Frings (1887–1978) fabulierte am 22. August 1948 von der Weihe des Rheinlandes an das „Unbefleckte Herz Mariens“. Die in einem Militärflugzeug aus dem faschistischen Portugal des António de Oliveira Salazar (1889–1970) geholte Marienstatue aus Fatima diente als Symbol der von Frings begründeten Peregrinatio Mariae, die bis in die 60er Jahre in Westdeutschland andauern sollte. Fatima wurde zu einer römisch-katholischen Weltwallfahrt bis in die Gegenwart herauf, zumal der polnische „Fatima-Papst“ Johannes Paul II. (1920–2005) die beiden Seherkinder Jacinta Marto (1920–1920) und Francisco Marto (1908–1919) 2000 selig gesprochen hatte. Sein deutscher Nachfolger Papst Benedikt XVI. (*1927) hat das dann für Lúcia de Jesus dos Santos (1907–2005) auch getan.⁴ Der aus Breslau stammende Joachim Kardinal Meisner (*1933), Bischof von Berlin, dann Erzbischof von Köln in den Jahren 1989 bis 2014, ist bei seiner Wallfahrt nach Fatima nach der Implosion der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik in kapitalistischen Jubel ausgebrochen. „Fatima ist gleichsam“, so der deutsche Kardinal Meisner, „der Brückenkopf Mariens, von dem aus Maria die osteuropäischen Völker unterwandert hat, um ihnen Christus zu bringen, der die Menschen wirklich frei macht. Das darf Europa Portugal nie vergessen, daß dieses Land Maria die Tore geöffnet hat, so daß sie von hier aus die gottlosen Staaten im Osten unseres Kontinents bekehren konnte.“⁵ Wie heißt es doch schon in einem berühmten aufklärerischen *Essay über die Vorurteile*: „Nachdem der Aberglaube [...] den Menschengestirb beunruhigt und irregeführt hat, redet er ihm mühelos ein, daß er allein im Besitz der Wahrheit sei, daß er allein die Mittel liefere, um zum Glück zu gelangen, daß Vernunft, Evidenz und Natur Führer seien, die die Menschen nur ins Verderben führen können, die Menschen, von denen er behauptet, sie seien vom Wesen dieser drei Führer geblendet und unfähig, ohne das göttliche Licht voranzuschreiten.“⁶ Die NATO wurde vom deutschen Renommierorgan der deutschen Jesuiten „Stimmen der Zeit“ als Schutzbündnis gegen die vom Kommunismus und der Sowjetunion ausgehende Gefahr legitimiert.⁷ Der Jesuit Max Pribilla (1874–1954), ein langjähriger Freund von Adenauer, propagierte in einem „Die Verteidigung Europas“ betitelten Artikel ebenso skrupellos wie scheinheilig die Aufrüstung gegen „Rußland“, worunter „das vom Bolschewismus beherrschte Sowjetrußland verstanden [wird], mit dem das russische Volk, das

heute keine Stimme hat, nicht gleichgesetzt werden darf; es ist ja nicht Träger, sondern Opfer der bolschewistischen Politik.“⁸ „Hätte Deutschland“, so bedauert der jesuitische Autor, „nicht durch eine wahnsinnige Politik seine ganze Macht mutwillig verspielt, dann wäre schon die deutsche Armee allein hinreichend gewesen, um Rußland in Schach zu halten und seinem Drang nach Westen eine unübersteigbare Schranke entgegenzusetzen.“⁹ Europa dürfe sich nicht mit einem bloß antikommunistischen Programm begnügen, es müsse sich vor der Gefahr aus dem Osten schützen. Im selben Publikationsorgan und zur selben Zeit, um 1950/1951, fabuliert der Autor in einem hochgespannten Artikel „Um Krieg und Frieden“ über die christliche Sehnsucht nach Frieden und über die Notwendigkeit, die Friedensbewegung zu unterstützen, um zugleich als Atomwaffenkaplan mit Berufung auf den „gerechten Krieg“ Maßnahmen gegen das in der Sowjetunion manifeste Böse zu begründen.¹⁰ Die „Stimmen der Zeit“, welche die Kirchenkonferenz des Moskauer Patriarchats von 1948 als Moskau ergebene „kirchliche Kominform“ denunzierten¹¹, sind kennzeichnend für einen Weg der katholischen Kirche, der das Christentum zugunsten ihres Pakts mit den imperialistischen Kräften aufgibt.

Adenauer war im Gleichklang mit dem kriegerischen Antikommunismus von Papst Pius XII. (1876–1958) und lehnte die humanistische Kirchenpolitik von Johannes XXIII. (1881–1963) ab.¹² Adenauer war Mitglied der „Blauen Armee Mariens“, die als deutscher Zweig der internationalen Fatima-Organisation eine weltanschauliche Kampforganisation gegen den Kommunismus, gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder war. Noch heute wird von der deutschen katholischen Kirche diese Frontpositionierung von Adenauer als „tiefe Gläubigkeit“ angeboten.¹³ 1960 sprach sich Adenauer in einem Gespräch mit dem Jesuitenpater Franz von Tattenbach (1910–1992) gegen die persönliche Teilnahme von Papst Johannes XXIII. am Eucharistischen Weltkongreß in München (31. Juli bis 7. August 1960)¹⁴ aus, wenn dieser dort nicht „über die Bedrückung durch den Kommunismus und die Freiheitsberaubung von 17 Mio. Deutschen“ sprechen wolle.¹⁵ Johannes XXIII. hielt dann ohne den von Westdeutschland eingeforderten Antikommunismus über das Radio eine Ansprache an diesen Kongreß.

Wroclaw eignete sich nach dem Weltkrieg als Stadt zur Demonstration, was Krieg verwüsten und was Frieden aufbauen kann. Vor 70 Jahren, vom 25. bis 28. August 1948, fand dort ein heute in die Vergessenheit gedrängter Kongreß von Intellektuellen statt.¹⁶ In der Deklaration des polnisch-französischen Organisationskomitees werden an die anreisenden Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler folgende Hauptfragen gestellt:

Erstens: Kann man den Krieg verhindern?

Sind die Völker zu einer friedlichen Zusammenarbeit fähig, und müßte man in diesem Geiste nicht doch zusammenarbeiten, ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche und soziale Struktur der einzelnen Staaten? Genügt nicht die gegenseitige Achtung der Souveränität und der nationalen kulturellen Eigenschaften?

Soll denn wahre Freiheit – lautet die *zweite* Frage –, die gegenwärtig durch die Möglichkeit eines neuen Kriegsausbruchs bedroht wird, nicht den breitesten Volksmassen zuteil werden, und ist denn in diesem Begriff nicht gleichfalls die Achtung vor der freien kulturellen Entwicklung der Völker und der Menschenwürde enthalten, ohne Rücksicht auf Herkunft und Rasse?

Und *drittens* – ist für die allen gemeinsame Sache des Fortschritts nicht die Sicherung einer freien Entwicklung der einzelnen Volkskulturen notwendig, desgleichen die freie Entwicklung der Forschung und

der Verbreitung von Werken, Erfindungen und Entdeckungen, und zwar ohne jede Einschränkung? Wir sind davon überzeugt, daß ein derartiger Kongreß dazu beitragen wird, unter den Kulturschaffenden den tiefen Glauben an ihre soziale Mission und ihre Verantwortung für die Geschichte der Menschheit zu wecken.“¹⁷

Albert Einstein (1879–1955) antwortete dem französisch-polnischen Organisationskomitee am 6. Juli 1948: „Was unserer politisch überreizten Zeit besonders not tut, ist die Betrachtung unserer Probleme in historischer und philosophischer Perspektive. Man muß den Mut haben, über aktuelle Fragen zu sprechen, ohne sich in den oft so kleinlichen politischen Kämpfen des Alltags zu verlieren. Die Geschichte zeigt, wie unfähig der rohe Machtkampf von jeher gewesen ist, stabile Verhältnisse und befriedigende Bedingungen für die Lösung der wirklichen Probleme herbeizuführen. Dies gilt ganz besonders in unserer Zeit, in welcher Krieg wahllose Massenzerstörung in einem noch nicht dagewesenen Maße bedeuten würde. Um dieser furchtbaren Gefahr zu entgehen, müssen wir den schrankenlosen nationalen Egoismus und das Denken in den Kategorien der nackten physischen Macht überwinden. Ich wünsche von Herzen, daß es Ihnen gelingen wird, Persönlichkeiten von freiem und offenem Geiste für Ihre wichtige Veranstaltung zu gewinnen. Auch wünsche ich, daß die Träger der politischen Macht in allen Ländern Ihre Bemühungen begünstigen in der Überzeugung, daß nur das Streben nach dem objektiven Begreifen der Dinge und Ereignisse den Menschen das gegenseitige Verstehen ermöglicht.“¹⁸ Einsteins Freund Otto Nathan (1893–1987) nahm am Kongreß teil.

Für viele am Frieden, aber nicht unbedingt am historischen Materialismus mit seiner Dialektik interessierte Intellektuelle stellte sich nach 1945 die Frage, ob der Frieden durch Initiativen irgendwie gesichert werden könne. Mit oder ohne Bezugnahme auf Immanuel Kant (1724–1804) werden sie sich gefragt haben: Was können wir wissen? Was dürfen wir hoffen? Was sollen wir tun? Die Beantwortung ließ ethische Gesichtspunkte ohne Berücksichtigung des Zusammenhangs mit den gesellschaftlichen Verhältnisse zu.¹⁹ Können Intellektuelle über das Erklären entlang den Regalen ihres Wissens hinausgelangen? Albert Einstein hat sich dafür eingesetzt und schrieb 1949 für die erste Ausgabe der marxistisch-theoretischen Zeitschrift „Monthly Review“ einen Aufsatz „Why Socialism?“, in welchem er, der nach dem Machtantritt Hitlers von seiner radikalpazifistischen Position abgerückt ist, seine Meinung ausdrückt, daß es nur einen sozialistischen Weg gibt, über die Aggressivität des Kapitalismus hinauszukommen.²⁰ Einstein sieht in den sozialistischen ökonomischen Strukturen die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Von Intellektuellen, die als spezifische Gattung eine eingebildete, aber keine reale Klasse bilden und keine besondere Verantwortung tragen, ist nicht zu erwarten, daß sie von vornherein eine fortschrittliche internationalistische Position in bezug auf Eigentum, Krieg und Frieden einnehmen oder die Wahrheit sagen.²¹ Die Tui-Kritik von Bertolt Brecht (1898–1956) trifft den Kern. Und scharf: „Die Kopfarbeiter sehen darauf, daß ihr Kopf sie ernährt. Ihr Kopf ernährt sie in unserer Zeit besser, wenn er für viele Schädliches ausheckt. Darum sagte Meti von ihnen: Ihr Fleiß macht mir Kummer.“²²

Wenn Intellektuelle Partei ergreifen, stellt sich zuerst die Frage, in welchem Interesse sie Partei ergreifen und auf welcher Seite der Barriere des Klassenkampfes sie stehen. Georg Lukács (1885–1971) hat in seiner Wroclawer Rede gemeint, viele ehrliche Intellektuelle würden oft freiwillig in den Dienst der Kriegstreiber treten, weil sie den Fetischcharakter der reaktionären Ideologen nicht erkennen. Wohl aus Höflichkeit hat er die Verkommenheit vieler Intellektueller

unter den Tisch fallen lassen, die sich allein wegen ihrer Einkünfte für Aufrüstung und Krieg einspannen lassen. Mit der historisch materialistischen Weltanschauung kann der Intellektuelle sympathisieren, aber er wird, wenn er über linksbürgerliche Koketterie hinauskommen will, zu ihr übertreten und aktiv für die Umgestaltung der Welt eintreten müssen. Die kommunistischen Intellektuellen machten sich über das Zusammengehen mit den verschiedenen, aber sich nicht grundsätzlich unterscheidenden Kohorten bürgerlicher Intellektuellen gerne Illusionen.

Wrocław war 1948 eine einzige Baustelle. Max Frisch (1911–1991), der am 24. August 1948 zum Kongreß angereist ist, notiert in seinem Tagebuch irritiert und zweifelnd, ob der polnische Neuanfang in der deutsch-schlesischen Heimat von Gerhart Hauptmann (1862–1946) durchgehalten werden kann: „Das Schauen ist erfreulich, nur das Denken ist erschreckend. Es wirkt wie eine Gebärde der Beschwörung, was sie jetzt überall anbringen: Polens neuen Umriß, überall, groß und klein, gemalt und gemodelt, Fresko, Relief, Maquette, geschrieben mit Glühbirnen, umflattert von Fahnen. Polen ohne die östlichen Gebiete, die Rußland genommen hat; dafür Schlesien, das ungeheure Geschenk. Was sollen sie tun? Die Tragödie der Polen ist ihre Geographie ...“²³ Zum Manifest-Beschluß ist Frisch nicht geblieben, seine Tagebuchnotizen sind differenziert: „Ankunft der Intellektuellen. Wieso haben die Intellektuellen, wenn sie scharenweise vorkommen, unweigerlich etwas Komisches?“²⁴ Wie schwierig die Situation auch für humanistisch denkende Intellektuelle war, zeigt die von Max Frisch geäußerte Skepsis, es sei nicht klar, welcher Frieden gemeint sei, der amerikanische Friede oder der russische Friede: „Ich bin weder für diesen noch für jenen, sondern für den Frieden: den Nicht-Krieg.“²⁵ Hans Mayer (1907–2001), der mit Frisch in gutem Gespräch stand, war stolz darauf, seinen Namen „neben den so vieler großer und freier Geister zu setzen“, die für ihn „den heutigen Inbegriff fortschrittlicher Kultur darstellen“.²⁶

Der Kongreß in Wrocław mit Vertretern aus 45 Staaten hat seine Wurzeln in dem im Juni 1935 in Paris von Ilja Ehrenburg (1891–1967) aus seiner kleinen Wohnung auf der Rue du Cotentin heraus mit André Gide (1869–1951), Jean-Richard Bloch (1884–1947), André Malraux (1901–1976), Léon Moussinac (1890–1964), Paul Nizan (1905–1940) und René Blech (1876–1955) organisierten Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur.²⁷ Dieser Pariser Kongreß sollte der Sammlung der kulturellen Kräfte gegen den Faschismus dienen und stand im Zeichen von Romain Rolland (1866–1944), Maxim Gorki (1868–1936) und Heinrich Mann (1871–1950). Im Juli 1937 folgte im umkämpften Madrid ein weiterer Schriftstellerkongreß.

Der Kampf gegen den Faschismus sei gleichbedeutend mit dem Kampf um die menschliche Kultur, so bekannten in Wrocław herausragende intellektuelle Persönlichkeiten wie die Eröffnungsrednerin Irène Joliot-Curie (1897–1956): „Von dem tiefen Glauben beseelt, daß die Errungenschaften der fortschrittlichen Kultur sich in Freiheit entfalten und ausbreiten müssen, protestieren wir im Namen des Friedens, des Fortschritts und der Zukunft der Menschheit gegen jede Einschränkung dieser Freiheit und heben die Notwendigkeit hervor, im Interesse der Zivilisation der ganzen Welt zwischen den Völkern und ihren Kulturen ein gegenseitiges Verständnis herzustellen.“²⁸ Anna Seghers (1900–1983) sprach davon, wie wunderbar es in Polen sei und „dieser Schwung beim Wiederaufbau und diese Menschen voll unglaublichem Leben“.²⁹ War die deutsche Sprache in Polen zumutbar? Bertolt Brecht hat in der Schweiz das Organon fertiggestellt.³⁰ Martin Andersen Nexö (1869–1954) hielt auf der Großkundgebung vor der Kongreßhalle seine Ansprache „in der Sprache von Karl Marx“.³¹ Die

deutsche Delegation war vielschichtig, unter ihnen der Westberliner Architekt Hans Scharoun (1893–1972) oder der Intendant der Deutschen Staatsoper Ernst Legal (1881–1955). Ernst Fischer (1899–1972) trat als anerkannter Repräsentant des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Intellektuellen aus Österreich auf. Der österreichischen Delegation gehörten auch Hanns Eisler (1898–1962) und Bruno Frei (1897–1988) an. Letzter berichtete in der „Volksstimme“ aus Breslau.³²

Der russisch-sowjetische Schriftsteller Alexander Alexandrowitsch Fadejew (1901–1956), ein Bolschewik der ersten Stunde, war einer der Eröffnungsredner und fand nicht nur in seiner Funktion als Generalsekretär des sowjetischen Schriftstellerverbandes größte Aufmerksamkeit. Fadejew verkörperte mit seinem 1927 erstmals veröffentlichten Buch „Die Neunzehn“ den sozialistischen Realismus. In diesem Roman wird das Verhalten des sich am Horizont abzeichnenden Neuen Menschen mit allen aus der konkreten Situation und der subjektiven Bedingtheit resultierenden Widersprüchen erkennbar.³³ Es war eine flammende Rede, die sich auf die wesentlichen Entwicklungslinien konzentrierte und die ideologische Expansion des amerikanischen Imperialismus kennzeichnete.³⁴ Seine Einschätzungen von Jean Paul Sartre (1905–1980), von T. S. Eliot (1888–1965), von Henry Miller (1891–1980) oder von André Malraux (1901–1976) greifen die Funktion solcher Literatur in der bürgerlichen Gesellschaft auf, wengleich seine kompromißlose bolschewistische Sprache die anwesenden, auf die Herrschaftsverhältnisse ihrer Heimatländer Rücksicht nehmenden Intellektuellen erschreckt haben wird. Der Existentialismus war mit dem Marxismus nicht zu verschmelzen, das hat Fadejew sicher richtig angesprochen, aber er hat nicht anerkannt, daß Sartre für seine Zeit wesentliche und richtige Fragen zur anthropologischen Problematik gestellt hat. Wrocław war allerdings kein Philosophenkongreß. Für den schwankenden britischen Biologen und schriftstellerisch bemühten Julian Huxley (1887–1975), der sich in der Gründungsphase der UNESCO als deren Generaldirektor verdient gemacht hat, war Fadejew Anstoß, seine Teilnahme an der Wrocławer Konferenz im nachhinein als falsch zu bedauern, ein Verhalten, das Ilja Ehrenburg charakterisierte. Der beim Kongreß anwesende schweizerische Marxist Konrad Farner (1903–1974) hat die darauf Bezug nehmende Redepassage von Ehrenburg aufgegriffen. Ilja Ehrenburg hat nicht in üblicher Weise der bürgerlichen Kultur die im Entstehen begriffene sozialistische Kultur gegenübergestellt, vielmehr sei es nicht mehr möglich, von bürgerlicher Kultur zu sprechen.

Alexander Abusch (1891–1980) fuhr dreißig Jahre später nochmals nach Wrocław, wo in Erinnerung an den Kongreß von 1948 eine am 25. August 1978 eröffnete internationale Friedenskonferenz stattfand. Anna Seghers, zu dieser Zeit Ehrenpräsidentin des Schriftstellerverbandes der DDR, übersandte ein von Hanna-Heide Kraze (1920–2008) verlesenes Grußtelegramm und betonte die Notwendigkeit von Kontinuität und Konsequenz im Friedenskampf. Wrocław erhielt im Anschluß an diesen Kongreß vom Weltfriedensrat den Orden „Stadt des Friedens“. Der Wrocławer Kongreß war durch die Beteiligung vieler Künstler ausgezeichnet. Unabhängig von den individuellen Eigenarten wird die aktive künstlerische Einordnung in den Friedenskampf sichtbar. Vom Kongreßteilnehmer Feliks Topolski (1907–1994) sind Zeichnungen der sowjetischen Delegation und der Breslauer Ruinenlandschaft überliefert.³⁵ Pablo Picasso (1881–1973) nahm als Delegierter der Kommunistischen Partei Frankreichs teil, seine Graphiken waren weltberühmt. Beim Besuch einer Warschauer Arbeitersiedlung entstand spontan sein Bild „Sirene mit Hammer“ an einer Außenwand, das 1952 übertüncht wurde.³⁶ In Wrocław hat Picasso erstmals Beispiele aus seinem experimentellen Schaffen auf dem Gebiet der Keramik

ausgestellt. Der von Konrad Farner weltanschaulich geförderte Schweizer Künstler Hans Erni (1909–2015), der am 9. August 1948 die Einladung zur Teilnahme nach Wrocław erhalten hat³⁷, hat Picasso gefragt, was ihn denn bewogen habe, mit Ton zu modellieren. Picasso habe ihm „sowohl einfach wie elementar“ geantwortet: „Man nimmt Erde, mischt sie mit Wasser, legt das Geformte ins Feuer, und später ißt man aus der gebrannten Schale.“³⁸ Das „Neue Deutschland“ druckte die handschriftliche Grußadresse von Erni faksimiliert ab: „Der Kampf für den Frieden ist nicht trennbar vom Kampf für die Befreiung aller Menschen von den Fesseln der kapitalistischen Wirtschaft. Wrocław verpflichtet jeden Intellektuellen in diesen Kampf mit dem ganzen Sinne einzugreifen.“³⁹

Das Echo vom Kongreß in Wrocław in den nichtsozialistischen Medien des Westens war voll von Diskriminierungen und Verdrehungen. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ als eines der Leitmedien im Dienste des US-Imperialismus gab das vor.⁴⁰

Ein „neuer Weltbund des Geistes“, wie Alexander Abusch meinte, ist in Wrocław nicht entstanden⁴¹, aber der Kongreß war auch nicht, wie der Illusionär Ernst Fischer vermittelte, „die Ruine einer Hoffnung“.⁴² Aufgrund eines Beschlusses des Wrocławer Kongresses konstituierte sich die Weltfriedensbewegung in einer eigenen Organisationsform auf dem Friedenskongreß in Paris vom 20. bis 26. April 1949 im Pleyel-Saal.⁴³ Delegierte aus 72 Ländern hatten sich dort mit dem Ziel versammelt, den Kampf für den Frieden zu gewinnen. In Paris war der Kongreß von einem nach Wrocław im November 1948 gebildeten Nationalkomitee vorbereitet worden.⁴⁴ Frédéric Joliot-Curie (1900–1958) machte die Kernaussage: „Kein Volk, kein Mensch allein kann den Krieg verhindern. Nur wenn die Völker aller Staaten gemeinsam handeln, können sie dieses Ziel erreichen.“⁴⁵ Einige Delegierte mußten sich, von tschechoslowakischen Friedensfreunden betreut, in Prag versammeln, weil die inzwischen von Kommunisten gesäuberte französische Regierung ihre Behörden angewiesen hatten, ihnen das Visum für ihre Anreise nach Paris zu verweigern.⁴⁶ Picasso hat der Weltfriedensbewegung mit der Friedenstaube ein unvergängliches Symbol geschaffen. Stephan Hermlin (1915–1997) hat 1952 eine kleine Sammlung von Gedichten mit dem Titel „Der Flug der Taube“ veröffentlicht, worin er voll Hoffnung schreibt:

Der Schlag für den hellen Flieger
Ist überall aufgetan.
Es schreitet der Friede als Krieger.
Bald heißt der Mensch endlich Sieger.
Die Welt der Taube bricht an!⁴⁷

Die Friedenstaube wurde, weil von der Weltfriedensbewegung verwendet, rasch als ein kommunistisches Symbol wahrgenommen. Der Altnazi und Westberliner Kultursenator Joachim Tiburtius (1889–1967) ließ als Kalter Kultur-Krieger 1952 eine Picasso-Ausstellung komplett schließen, weil er dort die Friedenstaube von Picasso gesehen hatte. Im Osten der Stadt verwendete das Berliner Ensemble für seinen Theatervorhang die Friedenstaube.⁴⁸ Für den Bonner Kanzler Helmut Kohl (1930–2017) war die Friedensbewegung ohnehin nichts anderes als „eine Volksfront mit Kommunisten“.⁴⁹

Der Pariser Weltfriedenskongreß hat die Entwicklung der Weltfriedensbewegung wesentlich stimuliert. Es ist zur Wahl eines Weltfriedenskomitees und von Nationalkomitees zur Verteidigung des Friedens in einzelnen Ländern gekommen. Die Tagung des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses in Stockholm hat mit ihrem Appell vom 19. März 1950 „das absolute Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des

Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung“ gefordert.⁵⁰ Der Teufelskreis des Imperialismus konnte durch die in Wrocław 1948 sich sammelnde Friedensbewegung nicht durchbrochen werden. Es bedarf eines Neuanfangs. **Prof. Dr. Gerhard Oberkofler**

Anhang

Konrad Farner ergänzt und korrigiert Ende 1948 schweizerische Berichte über den Kongreß von Wrocław, 25. bis 28. August 1948.

Typoskript. Eigenhändige Unterschrift. Zentralbibliothek Zürich, Handschriftenabteilung, Nachlaß Konrad Farner

Die Intellektuellen und der Friede

Seit diesem denkwürdigen Kongreß sind drei Monate verflossen, die dort vertretenen Thesen haben indessen in zahlreichen Ländern eine erste Verwirklichung erfahren: Die führenden und fortschrittlich gesinnten Intellektuellen haben sich verschiedenenorts enger zusammengeschlossen, und nationale Komitees sind im Sinne des Kongresses in Gründung begriffen. Das Echo von Wrocław war nur in den vom Kongreß angeprangerten halb- und ganzfaschistischen Ländern und in der Schweiz nicht oder kaum vernehmbar. Wir befinden uns demnach in bester Gesellschaft. Abgesehen von grotesken oder hämisch-verzerrten Darstellungen in den bürgerlichen Zeitungen war fast nichts über diesen Kongreß, an dem führende Köpfe der gesamten Geisteswelt teilnahmen, zu lesen. Und ebenfalls war die Zusammensetzung der schweizerischen Delegation und die etwas eigenartige Handlung gewisser Mitglieder nicht dazu angetan, wahrheitsgemäß der Sache zu dienen. Entschuldigte sich der eine damit, daß er die Einladung nur angenommen habe, um daran nicht teilzunehmen, sondern anderweitigen Interessen nachzugehen (es geht nichts über Anständigkeit), so schrieb ein Zweiter, daß er nur seinen eigenen Weltfrieden kenne (es geht nichts über persönliche Eigenständigkeit), und die dritten und vierten enthielten sich der Stimme, um nicht Stellung beziehen zu müssen (es geht nichts über Charakterstärke) oder waren zufällig während der wichtigen Schlußsitzung spazierend an den schönen Ufern der Oder zu finden (es geht nichts über die Natur). Nur zwei Schweizer fanden den Mut, dem Christenwort, das der berühmte Abbé [Jean] Boulier [(1894–1980)], Professor am katholischen Institut in Paris, als Teilnehmer in den Kongreß-Saal rief, nachzukommen: „Euer Ja sei ein Ja, euer Nein sei Nein!“ Sie stimmten im Sinne des gemeinsam verfaßten Manifests mit ja.

Weiß man bei uns, wer noch unter den Ja-Stimmern war? Man weiß doch sonst alles, man kennt die Namen aller „Berühmtheiten“ von der Hebamme der Prinzessin Elizabeth bis hin zum Großgangster aus Chicago. Aber hier, wo es um wirklich große Dinge geht, verschweigt man in schweizerischer Bescheidenheit, daß in Wrocław die besten Köpfe des heutigen Geisteslebens versammelt waren. Noch mehr, man schreckt nicht vor plumpen Fälschungen zurück. So brachte eine bekannte illustrierte Zeitschrift u. a. folgende Zahlen der Teilnehmer: Sowjetunion 45 (es waren 19 laut amtlichem Kongreßausweis, aber sieht, die bösen Russen wollten majorisieren), Frankreich 6 (es waren 27), England 4 (es waren 42), USA 6 (es waren 30) usw. Von weiterem Hintertreppengeschwätz, das dort zu lesen war, ganz zu schweigen. Das ist die Berichterstattung einer freien Presse! Es ist die freie Lüge! Wer war denn dabei?⁵¹ Nennen wir einige Engländer: John Burdon Sanderson Haldan [(1892–1964)], Sir John Boyd Orr [(1880–1971)], der größte lebende Sachverständige in Fragen der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelproduktion, John Hewlett [(1874–1966)], der Dekan von Canterbury, Julian Huxley [(1887–1975)], der Leiter der UNESCO

(von ihm wird Ilja Ehrenburg [(1891–1967)] hier noch berichten. Und Frankreich? Pablo Picasso [(1881–1973)], Fernand Léger [(1881–1955)], Paul Éluard [(1895–1952)], Vercors [Jean Marcel Bruller (1902–1991)], Irène Joliot-Curie [(1897–1956)], L'Abbé Jean Boulier [1894–1980]), Marcel Prenant [1893–1983]), Henri Wallon [(1879–1962)], Hochschulrektoren, Gelehrte, Wissenschaftler, Maler und Dichter von Weltgeltung. Dänemark sandte u. a. Martin Anderson Nexö [(1869–1954)], Ungarn Georg Lukács [(1885–1971)], die spanische Republik José Giral y Pereira [(1879–1962)], Italien Elio Vittorini [(1908–1966)], die Sowjetunion Ilja Ehrenburg, Michail Alexandrowitsch Fadejew [(1901–1956)], Jewgeni Wiktorowitsch Tarle [(1874–1955)] usw. Das sind einige große Namen des großen Kongresses, Namen, die bei den wirklich Gebildeten auch in der Schweiz Begriffe sein sollten. 45 Länder waren durch über 400 Delegierte vertreten.

Viele bedeutende Persönlichkeiten erklärten, daß sie umständehalber nicht nach Wroclaw reisen könnten, jedoch aus der Ferne am Kongreß teilnahmen, so Albert Einstein [(1879–1955)], John Steinbeck [(1902–1968)], John Boynton Priestley [(1894–1984)], Georges Duhamel [(1884–1966)], Louis Aragon [(1897–1982)], Henri Matisse [(1869–1954)], Marc Chagall [(1887–1985)] u. a. Wahrlich, eine Ehrenliste sondergleichen. Und was tun die Skribifaxe in der Schweiz: sie verleumden die andern und blamieren sich selbst.

In Ergänzung obiger Ausführung und zur Korrektur der bürgerlichen Gazetten seien hier einige Worte Prominenter wörtlich zitiert. Abschließend wird das Manifest in neuer Übersetzung vollinhaltlich wiedergegeben:

Ilja Ehrenburg (UdSSR)

Jetzt wollen gewisse gekränkte Gentlemen den Wroclawer Kongreß als eine Kommunistenberatung hinstellen. Es läßt sich kaum etwas Verlogeneres ausdenken. Ich erlaube mir, dem Leser einige „Kommunisten“ vorzustellen: Abbé Boulier, Professor an einem Katholischen Institut, Hewlett Johnson, Dekan von Canterbury, Yves Farge [(1899–1953)], früherer Minister der Französischen Republik, Kingsley Martin [(1897–1969)], Redakteur von „New Statesman and Nation“, den [Henry Agard] Wallace-Anhänger Advokat [Oetje John] Rogge [(1903–1981)], die französischen Schriftsteller [Maurice] Bedel [(1883–1954)], Vercors, ferner Professor Giral, um tatsächlich nur einige zu nennen. Ich denke, man braucht nicht zu beweisen, inwiefern sich die Weltanschauung des Abbé Boulier, sagen wir, von der meinigen unterscheidet.

Ernst Fischer (Österreich)

Als Sprecher der österreichischen Delegation habe ich die Gelegenheit wahrgenommen, vor den Delegierten aus 45 Ländern klar und deutlich den Wunsch des österreichischen Volkes nach dem unverzüglichen Abzug aller Besatzungstruppen kundzutun. „Wir möchten vorschlagen“, so sagte ich, „daß die um den Frieden bemühten Intellektuellen sich mit größter Energie dafür einsetzen, daß in absehbarer Zeit alle fremden Truppen aus allen fremden Ländern in die Grenzen ihrer Heimat zurückkehren, daß kein fremder Soldat mehr auf fremder Erde steht. Es würde dadurch sehr viel Angst aus der Welt verschwinden und der Kriegssagitation ein dauernder Nährboden entzogen werden.“ Der Kongreß hat diese Worte mit unerwartet starkem demonstrativem Beifall aufgenommen; der Beifall kam von allen Delegationen und zeigte uns, welche großen Möglichkeiten unsere Außenpolitik unausgenutzt läßt. Nach meiner Ansprache kamen einige polnische Gelehrte und Schriftsteller zu mir und fragten mich: „Haben Sie bemerkt, welchen Beifall Sie besonders bei uns Polen gefunden

haben? Wir haben nicht nur dem Inhalt Ihrer Rede, sondern auch der österreichischen Tonart applaudiert.“

Abbé Boulier (Frankreich)

Nun, da der Hitlerkrieg weitergeht, geht auch die Widerstandsbewegung weiter. Das war es, was ich als Christ zu den inneren Drohungen gegen den sozialen Fortschritt zu sagen hatte. Was nun die Drohungen von außen betrifft, sehe ich die Situation folgendermaßen: Rußland hat grausam geblutet in einem Krieg, der ihm auferlegt wurde und der, wie machiavellistisch die ihm vorausgegangenen Verhandlungen auch gewesen sein mögen, zweifelsohne ein Angriffskrieg und demnach ein internationales Verbrechen war. Der gemeinsame Sieg und unsere Befreiung haben Rußland Millionen Tote gekostet. Rußland will seine Ruinen wieder aufbauen, seine Wunden heilen. Es will nicht einen beträchtlichen Teil seines Budgets für Kriegszwecke verwenden: Rußland weiß, daß dies zum Schaden für seine Völker wäre, die so hart getroffen wurden und die noch nicht einmal das Vorkriegsniveau wieder erreicht haben. Zu wiederholten Malen hat Rußland durch den Mund Stalins erklärt, daß zwei verschiedene Wirtschaftssysteme nebeneinander existieren können in einer Welt, wo friedlicher Wettstreit und ihre Zusammenarbeit auf allen Gebieten der Menschheit die Möglichkeit geben würde, rasch ihre Trümmer zu beseitigen und neuem Fortschritt zu huldigen.

Woher kommt also die Drohung? Woher kommt es, daß dieses Friedensprogramm wie eine Chimäre wirkt? Sie wissen es wohl. Sie wissen auch, mit Hilfe welcher Fälschungen der öffentlichen Meinung es möglich ist, bei Millionen Menschen an Stelle einer vernunftgemäßen politischen Denkungsweise eine fast hysterische Psychose zu unterhalten, eine panische Furcht, die vor dem Hunnen, dem Menschenfresser oder dem Mongolen des 20. Jahrhunderts, des „Mannes mit dem Messer zwischen den Zähnen“.

„Euer Ja sei Ja, Euer Nein sei Nein.“ Angesichts dieser allgemeinen Verschwörung gegen die Wahrheit, angesichts der Kriegsgefahr, die sie in sich trägt, scheint es mir, daß ein Christ nur eine Antwort geben kann und die ist NEIN.

Im übrigen muß man JA sagen zu einer Welt, die sich selbst sucht, zu einer Menschheit, die von weit her kommt, aus den Tiefen eines Tausende von Jahren alten Lebens und doch erst am Beginn ihrer Laufbahn steht.

Georg Lukacs (Ungarn)

Wir haben unser Wissen erworben, unsere geistige Kultur entfaltet, um die Welt besser zu verstehen als der Durchschnittsmensch. Die Wirklichkeit zeigt aber ein gegenteiliges Bild. Arnold Zweig schildert sehr richtig einen ehrlichen Intellektuellen, der jahrelang auf jede Demagogie des deutschen Imperialismus hereinfällt, um am Ende eingestehen zu müssen, daß einfache Arbeiter vorher diese Tatbestände klar und richtig durchschaut haben.

Viele Intellektuelle fühlen bereits heute, von wo Freiheit und Kultur wirklich bedroht werden. Viele wenden sich – sogar mit starkem moralischem Pathos – gegen den Imperialismus, gegen die Kriegsvorbereitung. Aber unsere Würde als Vertreter der Intelligenz fordert gerade von uns, aus diesem Gefühl ein Wissen zu machen. Und dies kann nur durch die Wissenschaft der politischen Ökonomie, durch die Ökonomie des Marxismus erreicht werden.

Die Intelligenz steht am Scheideweg. Sollen wir wie die Intelligenz Frankreichs im 18., Rußlands im 19. Jahrhundert Vorbereiter und Vorkämpfer einer fortschrittlichen Weltwende werden – oder wie die deutsche Intelligenz des 20. Jahrhunderts hilflose Opfer, willenlose

Helfershelfer einer barbarischen Reaktion? Es ist keine Frage, welches Verhalten dem Wesen, dem Wissen, der Kultur der Intelligenz würdig, welches ihrer unwürdig ist.

Johannes R. Becher (Deutschland)

Man kann aber für den Frieden nicht nur dadurch wirken und ihn herbeiführen, daß man ihn im großen und allgemeinen will. Man muß vor allem für den Frieden wirken auch im kleinen und im geringsten, indem man versucht, den Frieden zu verwirklichen, auch in den verschiedenartigsten Formen des Alltags.

Wer den Frieden wahrhaft will, wird sich unter keinen Umständen auch nur einen Augenblick dazu mißbrauchen lassen, mit dem Gedanken an einen kommenden Krieg zu spielen, als würde eine blutige Auseinandersetzung unter den Alliierten dem deutschen Volk irgendwie eine Erleichterung bringen. Denn das gerade Gegenteil wäre der Fall.

War der Verlust des ersten Weltkrieges bereits eine Niederlage, aus der sich Deutschland nur nach Jahren wieder erholen konnte, so bedeutete der zweite Weltkrieg bereits eine nationale Katastrophe ohnegleichen. In einem dritten Weltkrieg, wie er auch ausgehen möge, würde die Existenz Deutschlands nicht nur als Nation, sondern auch als Volk, ihr Ende finden.

Ilja Ehrenburg (UdSSR)

Der Fall Julian Huxley

Leicht begreiflich ist die schwierige Situation des hoch zu verehrenden Herrn Huxley. Er ist Direktor der UNO-Abteilung für Fragen der Volksbildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Seine dienstliche Pflicht verbindet ihn mit [Ernest] Bevin [(1881–1951)] und [George C.] Marshall [(1880–1959)]. Die Pflicht des Dienstes an der Wissenschaft und an der Menschheit hat ihn nach Wrocław geführt. Herr Huxley

Manifest

des Weltkongresses von Wrocław, angenommen und veröffentlicht am 28. 8. 1948

Wir Frauen und Männer des Geisteslebens, der Wissenschaft und der Kunst aus 45 Ländern, zusammengekommen in der polnischen Stadt Wrocław, wir wenden uns an die Intellektuellen der ganzen Welt.

Wir erinnern sie an die tödliche Gefahr, die kürzlich die gesamte Kultur in Frage stellte. Wir waren Zeugen der faschistischen Barbarei, die historische und kulturelle Monumente zerstörte, Intellektuelle verfolgte und ermordete, alle geistigen Werte mit Füßen trat, das Gewissen, die Vernunft und den Fortschritt bedrohte.

Die Menschheitskultur wurde gerettet durch den Preis unzähliger Opfer und unerhörter Hingabe, durch höchste Anstrengung aller demokratischen Kräfte der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika und durch die heldenhafte Widerstandsbewegung in den durch den Faschismus unterdrückten Ländern.

Jedoch, entgegen dem Willen und Wunsch aller Völker versucht nun eine kleine Gruppe profitgieriger Menschen in Amerika und Europa ihre selbstsüchtige Meinung mit Waffengewalt durchzusetzen. Indem sie vom Faschismus die Rassenlehre und die Fortschrittsfeindlichkeit übernimmt, macht sie sich dessen Tendenz zu eigen und verübt neuerdings ein Attentat auf die geistigen Güter der Erde.

Der Kultur der europäischen Völker, die einen unmeßbaren großen Beitrag an die menschliche Zivilisation leisteten, droht der Verlust ihrer nationalen Züge.

In gewissen Ländern, wie in Griechenland, Spanien und Lateinamerika, blieben die Gegner des Fortschritts an der Macht oder sind dabei, neue Heimstätten des Faschismus zu errichten.

Entgegen der Vernunft und dem Gewissen verstärken sie die Unterdrückung einzelner Persönlichkeiten, sowie ganzer Völkerschaften, die herabsetzend als „Farbige“ bezeichnet werden. Es sind die gleichen, die in ihren eigenen Ländern Rassenhetze betreiben und fortschrittlich gesinnte Vertreter von Wissenschaft und Kunst verfolgen.

Wissenschaftliche Entdeckungen, die dem Wohl der Menschheit dienlich sein sollten, werden dazu bestimmt, Waffen der Zerstörung im geheimen herzustellen – die Wissenschaft wird entwürdigt und mißbraucht.

Und ebenfalls mißbrauchen sie die Kunst und das Wort. Statt diese in den Dienst der Versöhnung, Verständigung und Auf-

klärung und den Frieden zu stellen, werden sie benutzt, um menschlichen Haß und niedrige Leidenschaften zu entfachen und neuen Krieg vorzubereiten.

Im festen Glauben an die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Fortschritts, der sich in Freiheit entfaltet, protestieren wir im Namen des Friedens, des Fortschritts und einer menschlichen Zukunft gegen die Einschränkung jeder fortschrittlich gesinnten Freiheit und betonen die Notwendigkeit einer direkten Verständigung zwischen den Völkern und ihren Kulturen im Interesse der Zivilisation und des Friedens.

Wissend, daß die moderne Wissenschaft neue riesige Kräfte freigemacht hat, die nun entweder zum Wohle oder zur Verderbnis der Menschheit verwendet werden, protestiert der Kongreß gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für Zwecke der Vernichtung. Er appelliert an die Welt, alles zu unternehmen, damit das Wissen überall verbreitet werde und die Wissenschaft dazu diene, Armut, Unwissenheit, Krankheit, Elend und Not rasch zu beseitigen – alles Übel, an denen der Großteil der Menschheit heute noch leidet.

Und ebenfalls appelliert er zugunsten einer vermehrten Freizügigkeit aller derjenigen Personen, die im Dienste des Friedens und des Fortschritts stehen und aller derjenigen Publikationen, Forschungen und Entdeckungen, die dem gleichen Ziele dienen. Die Völker wollen keinen Krieg, und sie verfügen gewiß über genügend Kräfte, um Frieden und Kultur gegen die Angriffe des neuen Faschismus zu verteidigen.

Intellektuelle der Welt!

Wir tragen eine große Verantwortung vor unseren Völkern, vor der Menschheit und vor der Geschichte. Wir erheben unsere Stimme für den Frieden, für die freie kulturelle Entwicklung aller Länder, für deren nationale Unabhängigkeit und auch deren enge Zusammenarbeit.

Wir appellieren an die Intellektuellen aller Länder, die folgenden Forderungen zu erörtern und zu verwirklichen:

Organisiert in Eurer Heimat nationale Kongresse der Geistesarbeiter zur Verteidigung des Friedens!

Gründet nationale Komitees zur Verteidigung des Friedens! Festigt die internationalen Verbindungen der Geistesarbeiter aller Länder, um dem Frieden vermehrt zu dienen!

hat ein seelisches Drama nicht nur selber erlebt, er hat es auch dem Kongreß vorgeführt. Er klatschte Beifall, als man über die Bedrohung durch den amerikanischen Imperialismus sprach. Er klatschte Beifall, als man sagte, es gebe keinen amerikanischen Imperialismus. Er sagte mir, er sei über [David I.] Saslawkis [(1880–1965)] Rede entzückt, aber er selber hielt eine Rede, in der er die Auseinandersetzung zwischen den Kriegs- und den Friedensanhängern in einen Streit zwischen den Anhängern des Realismus und denen des Formalismus zu verwandeln suchte (wobei Picasso in Gelächter ausbrach). Herr Huxley verlangte eine Milderung der Resolution, wobei er versicherte, ‚gemildert‘ werde er sie bestimmt unterschreiben; aber als seine Vorschläge angenommen wurden, erkrankte er plötzlich und reiste einige Stunden vor der Abstimmung ab. Ich zweifle keinen Augenblick an Herrn Huxleys Redlichkeit, aber wenn ich von jetzt ab in englischen Zeitungen etwas über die grenzenlose Freiheit der stolzen Briten lese, dann werde ich mich ständig an das verdutzte Lächeln Herrn Huxleys erinnern, der Wroclaw nicht fernbleiben konnte, der aber, nachdem er hingereist war, nur an eins, nämlich an die Abreise dachte; der einer der Kongreßvorsitzenden war, aber nach seiner Abreise hurtig erklärte, seine Anwesenheit in Wroclaw sei ein Mißverständnis gewesen. Ich verurteile nicht, ich bedaure.

Albert Einstein (USA. Aus dem Begrüßungstelegramm)

In unseren Tagen der übermäßigen politischen Spannung ist es von besonderer Bedeutung, unsere Probleme in einer historischen und philosophischen Weise zu betrachten. Wir müssen den Mut haben, Probleme von großer Aktualität zu diskutieren, ohne uns selbst in die kleinlichen politischen Streitereien des Alltagslebens zu verlieren. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß brutaler Kampf nie dazu imstande war, zu sicheren Verhältnissen und zu einer befriedigenden Basis für die Lösung wirklicher Probleme führen. Dies ist besonders wahr, seitdem Kriege für unsere Zeit unausdenkliche Zerstörungen in bisher noch unbekanntem Ausmaß bedeuten. Um diesen schreckenerregenden Gefahren zu entgehen, müssen wir den grenzenlosen Nationalismus überwinden und uns nicht mehr in den Gedankengängen brutaler physischer Macht bewegen.

Anmerkungen

- 1 z. B. <http://www.wroclawglobalforum.com/agenda/2016>
- 2 Marzena Smolak: Zerstörung einer Stadt. Breslau 1945. Wroclaw 1995; Anna Maria Sawko-von Massow: Breslau. Geschichte und Geschichten einer Stadt in der Flucht- und Vertreibungsliteratur nach 1945 (Wissenschaftliche Schriftenreihe Germanistik Band 14). Berlin 2001
- 3 Luis Gonzaga da Fonseca: Maria spricht zur Welt! Fatimas Geheimnis und weltgeschichtliche Sendung. 19. A. Freiburg / Schweiz 1988
- 4 Vgl. Monique Scheer: Rosenkranz und Kriegsvisionen. Marienerscheinungskulte im 20. Jahrhundert (= Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts der Universität Tübingen, 101. Band). Tübingen 2006
- 5 Joachim Kardinal Meisner: Predigt zur Wallfahrt in Fatima am 13. Mai 1990. In: Michael Hesemann, Das Fatima-Geheimnis. Marienerscheinungen, der Papst und die Zukunft der Menschheit. Mit einem Vorwort von Joachim Kardinal Meisner. Weltbild, Augsburg 2002, S. 7–9, Zitat S. 8
- 6 [César Chesneau Du Marsais / Paul-Henri Dietrich, Baron d’Holbach]: Essay über die Vorurteile oder Vom Einfluß der Meinungen auf die Sitten und das Glück der Menschen, eine Schrift, die die Verteidigung der Philosophie enthält. Von D. M. Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig 1972, S. 16
- 7 Paul Roth: Der Nordatlantikpakt. Stimmen der Zeit, 150 (1951/1952), S. 8–18
- 8 Max Pribilla SJ: Die Verteidigung Europas. Stimmen der Zeit, 150 (1951/1952), S. 81–95, Zitat S. 83
- 9 Ebenda, S. 81
- 10 Max Pribilla SJ: Um Krieg und Frieden. Stimmen der Zeit, 149 (1951/1952), S. 321–332
- 11 Wilhelm de Vries SJ: Die Moskauer Kirchenkonferenz 1948. Stimmen der Zeit, 143 (1948–1949), S. 459–462
- 12 Über Adenauer und Frings s. Dorothea und Wolfgang Koch: Konrad Adenauer. Der Katholik und sein Europa. Kißlegg 2015, S. 183 f.
- 13 Vgl. Anton Ziegenaus: Konrad Adenauer: Der Katholik und sein Europa. In: Forum Katholische Theologie. 30 (2014), S. 132–137
- 14 Michael Fellner: Eucharistischer Weltkongreß in München. https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Eucharistischer_Weltkongress_in_M%C3%BCnchen,_31._Juli_bis_7._August_1960
- 15 Adenauer. Briefe 1959–1961. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Paderborn [u. a.] 2004, S. 58 f.
- 16 Zur Verteidigung des Friedens und der Kultur. Weltkongreß der Intellektuellen in Wroclaw. Verlag der Österreichischen Zeitung, Wien 1948. Dort auch das beschlossene, hier in der Textvariante von Farner abgedruckte Manifest.
- 17 „Neues Deutschland“ vom 18. August 1948
- 18 Albert Einstein: Über den Frieden. Weltordnung oder Weltuntergang? Hg. von Otto Nathan und Heinz Norden. Vorwort von Bertrand Rus-



- sell. Übersetzung der englischen und französischen Originale von Will Schaber. Melzer-Verlag, Neu-Isenburg 2004, S. 492 f.; wegen der Klassifikation des Briefes als Botschaft an den Kongreß kam es im nachhinein zu Mißverständnissen.
- 19 Vgl. Helga E. Hörz / Herbert Hörz: Ist Egoismus unmoralisch? Grundzüge einer neomodernen Ethik. Trafo-Verlag, Berlin 2013, S. 160–165 (Hans Küng: Weltethos als aktueller kategorischer Imperativ?)
 - 20 Deutsche Übersetzung dieses Artikels in „Marxistische Blätter“, 2/2005, S. 85–89
 - 21 Vgl. Alex Demirović/Peter Jehle: Intellektuelle. Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hg. von Wolfgang Fritz Haug. Band 6/II. Argument-Verlag, Berlin 2004, Sp. 1267–1286
 - 22 Bertolt Brecht: Prosa. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2013, S. 812
 - 23 Max Frisch: Tagebuch. 1946–1949. Frankfurt a. M. 1958, über Breslau und Polen S. 294–313, hier S. 295; vgl. Krzysztof Huszcza: Die schweizerische Delegation auf dem Weltkongreß der Intellektuellen für den Frieden in Wrocław (25.–28. 8. 1948) unter besonderer Berücksichtigung der Teilnahme von Max Frisch (polnisch). In: Die Schweiz ist nicht die Schweiz. Studien zur kulturellen Identität einer Nation. Herausgegeben von Marka Hałub, Dariusz Komorowski und Ulrich Stadlera (polnisch). Wrocław 2004, S. 79–85, S. 86 (deutsche Zusammenfassung)
 - 24 Ebenda, S. 302
 - 25 Ebenda, S. 309
 - 26 Hans Mayer: Das Echo von Wrocław. „Neues Deutschland“, 2. September 1948
 - 27 Ilja Ehrenburg: Menschen. Jahre. Leben. Memoiren. Band II. Verlag Volk und Welt, Berlin, 2. A. 1982, S. 312
 - 28 Zur Verteidigung des Friedens und der Kultur. Weltkongreß der Intellektuellen in Wrocław. Beilage aus dem Verlag der „Österreichischen Zeitung“
 - 29 Anna Seghers: Briefe 1924–1952. Hg. von Christiane Zehl Romero und Almut Giesecke. Aufbau-Verlag, Berlin 2008, S. 505 (Brief an Clara Porset vom 25. Oktober 1948, S. 505 f.)
 - 30 Vgl. Werner Hecht: Kleine Brecht-Chronik. Basiswissen über sein Leben und Werk. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, S. 158–165 (1948)
 - 31 Alexander Abusch: Aus den ersten Jahren unserer Kulturrevolution. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und Kulturbund der DDR (Hg.), ... einer neuen Zeit Beginn. Erinnerungen an die Anfänge unserer Kulturrevolution 1945–1949. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1981, S. 39–83, Zitat S. 75; derselbe: Mit offenem Visier. Memoiren. Dietz-Verlag, Berlin 1986, S. 239–243
 - 32 „Volksstimme“, 31. 8. 1948; Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955. Mit Nachworten von Franz Marek und Karl-Markus Gauß unter Mitarbeit von Ludwig Hartinger. Frankfurt a. M., 2. A. 1988, S. 247–253
 - 33 Vgl. Bertolt Brecht: Schriften 5. Theatermodelle. „Katzgraben“-Notate 1953, Werke 25. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar/Suhrkamp-Verlag, Frankfurt a. M. 1994, S. 486 (Darstellung des Neuen). Vgl. Rosemarie Lenzer: Zur Gestaltung des Revolutionärs in einigen Werken der sowjetischen Prosa. Unter besonderer Berücksichtigung der Dialektik von sozialer Determiniertheit und Subjektivität. In: Werner Mittenzwei/Reinhard Weisbach (Hg.), Zum Verhältnis von Erbe, Revolution und Literatur. Reclam-Verlag, Leipzig 1971, S. 106–128
 - 34 Zur Verteidigung des Friedens und der Kultur, S. 5–21
 - 35 Feliks Topolski: Confessions of a Congress Delegate. London 1948
 - 36 Katarzyna Murawska-Muthesius: Modernism between Peace and Freedom: Picasso and Others at the Congress of Intellectuals in Wrocław, 1948. In: David Crowley and Jane Pavitt (ed.), Cold War Modern Design 1945–1970. V & A Publishing, London 2008, S. 33–41
 - 37 Karl Bühlmann: Zeitzeuge Hans Erni. Dokumente einer Biographie von 1909 bis 2009. Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich 2009, S. 175 (Faksimile der Einladung)
 - 38 Ebenda, S. 174
 - 39 „Neues Deutschland“, 1. September 1948
 - 40 Artikel: Gestank des Verfalls. Auf vorgeschriebenen Wegen. „Der Spiegel“, 4. 9. 1948
 - 41 „Neues Deutschland“, 21. August 1948
 - 42 Ernst Fischer: Das Ende einer Illusion, S. 253
 - 43 Der Artikel *Friedensbewegung* von Dieter Herms/Jürgen Nieth in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Band 4 (1999), Sp. 1031–Sp. 1037 ist seltsam rudimentär!
 - 44 Maurice Thorez: Ausgewählte Reden und Schriften 1933–1960. Dietz-Verlag, Berlin 1962, S. 508 f.
 - 45 Ruth und Walter Wimmer: Friedenszeugnisse aus vier Jahrtausenden. Urania-Verlag Leipzig/Jena/Berlin 1987, S. 205–207 (Manifest des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden in Paris und in Prag 1949)
 - 46 Abusch, Mit offenem Visier, S. 250
 - 47 Verlag Volk und Welt, Berlin 1952, Zitat S. 51
 - 48 Peter-Klaus Schuster: Picasso und Deutschland. In: José Lebrero Stals (Hg.), Picasso und Deutschland. 6. April 2016–18. September 2016. Kunsthalle Würth, Schwäbisch Hall. 2016, S. 20–27, hier S. 25; allgemeine Notizen über die „Tauben“ von Kurt Pätzold: ... fliege übers Land. Ein Taubenbuch. Nachrichtenbote, Kriegsteilnehmer, Sportkamerad und Friedenssymbol. Das Neue Berlin, Berlin 2012
 - 49 Helmut Kohl: Erinnerungen 1930–1982. Droemer-Verlag, München 2004, S. 599
 - 50 Ruth und Walter Wimmer: Friedenszeugnisse, S. 208
 - 51 Die im Text von Konrad Farner abgekürzten Vornamen sind hier stillschweigend aufgelöst.

Der Frieden – Hoffnung des Planeten

Im Jahre 1923 schrieb der englische Schriftsteller John Galsworthy: „In der Vergangenheit bedurfte es eines dreißig-jährigen Krieges, um ein Land auszuzehren; in naher Zukunft jedoch wird man einen Staat binnen einer Woche auslöschen können ...“

Der dies sagte, hat eine Zeit nicht mehr erlebt, in der seine Gedanken unheilrohende Realität wurden: unsere Tage. Nur kann im Falle einer Atomraketen-Tragödie nicht mehr von Wochenfrist die Rede sein – ein Land wäre in noch kürzerer Zeit total vernichtet. Und nicht ein einzelnes Land, sondern die gesamte Welt würde am Rande eines atomaren Abgrunds ihr Todesurteil unterschreiben. Darum ist in diesen Tagen der Kampf um die Bewahrung des Friedens auf der Erde ein Ausdruck tiefster Besorgnis von Millionen Menschen guten Willens, einer Besorgnis um das Schicksal der ganzen Menschheit. Darum sehen wir, die Repräsentanten der Literaturen vieler Länder, auf unseren internationalen

Treffen unsere Mission darin, mit nüchternem und mutigem Blick auf die Wahrheit und im Rahmen unserer Möglichkeiten mit Wort und Tat, mit unserer gesellschaftlichen und künstlerischen Aktivität einer großen Sache zu dienen: der Sicherung des Friedens auf dem Planeten.

Immer haben sich in verschiedenen Etappen unserer historischen Entwicklung Schriftsteller und Kulturschaffende mit bedeutendem Namen gegen Völkermord, Apartheid, Aggression und Krieg ausgesprochen. Wie niemals zuvor ist gegenwärtig der internationale Gedankenaustausch von erstrangiger Wichtigkeit. Progressive Wissenschaftler und Ärzte, Schriftsteller und Vertreter religiöser Kreise appellieren auf ihren Foren, ein Auslöschen der Erdbevölkerung abzuwenden.

Sergej Michalkow (1913–2009)

Auf dem IV. Internationalen Schriftstellertreffen, Sofia 29. 9. bis 1. 10. 1982

Die Geburtsstunde der Weltfriedensbewegung

Ende August 1948 fand in der polnischen Stadt Wrocław, die während des zweiten Weltkrieges völlig zerstört worden war, der Weltkongreß der Intellektuellen zur Verteidigung des Friedens statt.

Vierhundert hervorragende Intellektuelle nahmen als Delegierte von 46 Nationen der Welt an diesem Kongreß teil. Nicht zum erstenmal hatten die denkenden und fühlenden Menschen ihrer Stimme Gehör zu den wichtigsten Problemen verschafft. Aber im Gegensatz zum Pariser Schriftstellerkongreß, der 1935 zum Schutze der Kultur gegen die wachsende Gefahr des Faschismus einberufen worden war, konnten die Teilnehmer an dem Kongreß in Wrocław schon den Krieg, das Verbrechen und die Niederlage des Faschismus aus eigenem Erleben. Die Einladung zum Kongreß lautete: „Die Völker wurden in ihrem langen und opferreichen Kampf durch die Hoffnung auf einen dauerhaften und gerechten Frieden, der ihnen ein Leben in einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens erlaubt, bestärkt. Angesichts neuer Kriegshetze sind einige Intellektuelle zu dem Schluß gekommen, daß eine aufrichtige und umfassende Diskussion zweifellos dazu beitragen kann, die Bedingungen für die Verwirklichung der gerechten Bestrebungen der friedliebenden Menschen zu schaffen.“



Der Kongreß wurde am 25. August 1948 im großen Saal des Wrocławer Polytechnikums eröffnet. In seiner Eröffnungsrede beschrieb Jaroslaw Iwaszkiewicz, Präsident des Organisationskomitees, diese Zeit so: „Nie zuvor war die Welt und das Menschengeschlecht so zerrissen, durch Zoll- und Staatsgrenzen geteilt, getrennt, zerschlagen und arm.“ Die Rede des großen Gelehrten Albert Einstein wurde verlesen, und die Teilnehmer hörten auch die auf Band aufgenommene Ansprache des damaligen Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Staaten, Henry Wallace, der die Ideale des Wrocławer Kongresses uneingeschränkt unterstützte und sagte, daß in der zerrissenen Nachkriegswelt die Geistesschaffenden und die Mehrheit des amerikanischen Volkes für den Frieden seien.

Es wurde allgemein bedauert, daß weder Frederic Joliot-Curie noch der große chilenische Dichter Pablo Neruda kommen konnten. Jorge Amado sagte auf dem Kongreß, daß der in seinem Heimatland schikanierte und verfolgte Pablo Neruda das Gewissen und die Stimme der chilenischen Nation in ihrem Kampf um Frieden und Freiheit ist. Als Ausdruck des Protestes blieb Nerudas Platz in dem Saal während des gesamten Kongresses leer.

Zahlreiche Vertreter der Natur- und Geisteswissenschaften aus verschiedenen Ländern nahmen an dem Kongreß teil. Aus der Sowjetunion waren u. a. Ilja Ehrenburg, Alexander Fadejew, Alexander

Kornejtschuk und Michail Scholochow gekommen. Zur französischen Delegation gehörten die Maler Pablo Picasso und Fernand Leger, die Schriftsteller Maurice Bedel, Julien Benda, Paul Eluard, Roger Vailland, Vercors und die ehemaligen Minister Laurant Casanova und Yves Farge. Mitglieder der britischen Delegation waren u. a. der Physiker John D. Bernal, Professor Julian Huxley und der Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson. Die polnische Delegation umfaßte zahlreiche Vertreter aus Wissenschaft, Literatur und bildenden Künste.

Vier Hauptvorträge wurden auf dem Kongreß gehalten: „Die Rolle von Wissenschaft und Kultur im Kampf um Frieden, Fortschritt und Demokratie“ von Alexander Fadejew, „Frieden und Kultur“ von Olaf W. Stapledon, „Unabhängigkeit der Nationalkulturen“ von Josef Chalaskinski und „Dient die Entwicklung von Kultur und Forschung dem Fortschritt?“ von Marcel Prenant. 78 Teilnehmer sprachen in der Diskussion.

Zum Wrocławer Kongreß waren im allgemeinen fortschrittliche Intellektuelle eingeladen worden, aber sie vertraten verschiedene Weltanschauungen. So bot der Kongreß in der geteilten, vom kalten Krieg zerrissenen Welt die erste Möglichkeit für einen freien und ungehinderten Meinungs- und Gedankenaustausch über die wichtigsten Probleme der Menschheit: Sicherung des Friedens und Verhinderung der Ausweitung der Spannungen. Das Hauptziel des Kongresses bestand darin, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und die Zusammenarbeit der für Fortschritt und Frieden eintretenden Menschen in Gang zu bringen. Sowohl in der Diskussion als auch bei der Formulierung der Schlußresolution wurde besonders hervorgehoben, daß die Teilnehmer ihren Standpunkt offen vertreten konnten. Die Resolution galt nur als von denjenigen Kongreßteilnehmern angenommen, die sie unterzeichnet hatten. Von den 357 im Saal befindlichen Personen unterzeichneten 337 das Dokument. Wichtigstes Ergebnis des Kongresses war die Erkenntnis, daß der Krieg, mit dem der Imperialismus die Welt trotz des Willens der sozialistischen Länder, den Frieden zu bewahren, bedrohte, nicht unvermeidlich war. Diese gemeinsame Erkenntnis schmiedete die Solidarität der Geistesschaffenden aus Ost und West. Vielleicht noch wichtiger war die tiefe, alle Teilnehmer erfüllende Überzeugung, daß der Frieden nicht errungen werden kann, wenn er nicht mit dem politischen Kampf und der sich entwickelnden Arbeiterbewegung verbunden wird.

In Wrocław wurde damals das Wissen um eine neue, für den siegreichen Kampf um den Frieden und gegen den Krieg entscheidende gesellschaftliche Kraft erstmals formuliert. Diese Macht ging vom Willen der Völker aus, vom Willen von Frauen und Müttern, vom Willen der Jugend, die nicht im Krieg sterben wollte, vom Willen aller ehrlichen Menschen, die erkannten, wo die Feinde des Fortschritts und der Menschheit stehen. Diese Erkenntnis, die Billigung des Willens von Millionen Menschen, sollte bald die Basis einer neuen Bewegung werden – der Weltfriedensbewegung.

Auf der letzten Sitzung des Wrocławer Kongresses wurden nicht nur die Schlußresolution und der Appell an die Geistesschaffenden der Welt angenommen, sondern die Delegierten wählten auch einen 21köpfigen Verbindungs- und Informationsausschuß. Er setzte sich für die Einberufung des ersten Weltkongresses der Friedenskräfte in Paris und in Prag im Jahre 1949 ein. Auf diesem Kongreß waren über 2000 Delegierte aus 72 Ländern vertreten. Er war der Beginn der Weltfriedensbewegung.

Prof. Boleslaw Iwaszkiewicz (1978, DVZ-Archiv)

Friedenssicherung mit oder ohne Frauen?

Es vergeht gegenwärtig kein Tag ohne Nachrichten und Bilder über militärische Konflikte, Opfer an Menschenleben und Kulturgütern. Über Vergewaltigungen von Frauen, tote und verstümmelte Kinder, Hunger und Armut wird berichtet. Flüchtlingsströme werden gezeigt. Kindersoldaten führen Krieg. Es sind asymmetrische Kriege, in denen die Fronten meist nicht klar sind. Terrorakte werden verübt. Es ist eine Welt von Kriegen mit wenigen Friedensoasen. Dürfen wir uns beruhigt zurücklehnen, weil wir nicht direkt von Bombenhagel, Drohnen und militärischen Angriffen betroffen sind? Sicher nicht! Ich denke oft an das Friedenslied von Hanns Eisler, das wir gesungen haben, mit den Zeilen: „Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, und der Frieden ist kein Geschenk.“ „Mutter, es geht um Dein eigen Kind. Wehr Dich, und laß es nicht zu!“ Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung. Als Mütter sorgen sie sich um ihre Kinder und haben Angst um Angehörige. Friedenssicherung ohne Frauen geht nicht. Doch als Frauenrechtlerin und Ethikerin sammelte ich auch viele Erfahrungen mit einseitigen und verschrobenen Auffassungen über die Rolle von Frauen, die mich nicht selten an das veraltete 3-K-Schema – Kinder, Küche, Kirche – erinnerten.

Beim Nachdenken über mein Thema fiel mir Mitte August 2017 in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Artikel ins Auge, der schildert, wie ein neues Rollenklischee für Frauen befördert wird. So stellen einige Filmschaffende Frauen als kriegführende Killer, als Mörderinnen dar. Dazu stellt die Autorin fest: „Es ist, als ob die Selbstverortung der Frau, das Finden und Suchen des eigentlich Weiblichen, erst dann beginnen kann, wenn wir alle männlichen Rollen einmal durchgespielt haben. Wenn Emanzipation nicht mehr nur bedeuten kann, daß auch wir nun kämpfen, morden und Krieg führen können wie Männer. Wenn wir frei sind von dem Ziel, alles was männlich ist, auch zu dürfen und die Befreiung von alten Rollenbildern nutzen, um wirklich neue zu erfinden.“ (Jagoda 2017) Das kann nicht das Ziel sein, wenn man, wie ich und andere, Frauenrechte als Menschenrechte durchsetzen will. Dabei ist auch gegen solche Klischees vorzugehen, die Frauen keine große Rolle bei der Friedenssicherung zusprechen. Das mag hier unerwartet klingen. Doch die Erfahrungen aus meiner UNO-Tätigkeit und viele aktuelle Debatten bestätigen mir die Langlebigkeit von Rollenklischees für Frauen. Ich werde also zuerst generelle Bemerkungen zu UNO, IDFF und Friedenssicherung machen. Dabei ist der kalte Krieg nicht zu vergessen, der heute, neben dem heißen, ebenfalls tobt. Danach gehe ich auf meine Tätigkeit in der UNO und Erfahrungen bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von UNO-Dokumenten ein, die für unser heutiges Anliegen von Bedeutung sind. Als Fazit sei die aktuelle Situation geschildert, verstanden als Forderung, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um Frieden herzustellen und dann zu sichern.

UNO, IDFF und Friedenssicherung

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs mit fast 60 Mill. Toten gab es weltweit Hoffnung und Zuversicht von progressiven Kräften, Krieg für immer aus dem Leben der Völker zu verbannen. Dazu trug wesentlich die aus der Antihitlerkoalition erfolgte UNO-Gründung 1945 bei. Die Charta vom 24. Oktober 1945, von den Signatarstaaten UdSSR, USA, Großbritannien, Frankreich und China ratifiziert, stellt fest: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen sind entschlossen, die

künftigen Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren; den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von großen und kleinen Nationen erneut zu bekräftigen; Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung der Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können; den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern.“ In seiner ersten Rede vor der UNO-Vollversammlung hat USA-Präsident Trump mit seiner Gewaltandrohung gegen Nordkorea gegen Grundsätze der UNO-Charta verstoßen. In Artikel 2 unter Grundsätzen der UNO-Charta wird unter 4 ausgesagt: „Alle Mitglieder enthalten sich in ihren internationalen Beziehungen der Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung, die gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates gerichtet oder in irgendeiner anderen Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.“ (UNO 1974, S. 202) Einer seiner Vorgänger als Präsident der USA, Franklin Roosevelt (1882–1945), nannte 1941 vier Freiheiten, die nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus den Kern zwischenmenschlicher Beziehungen in der neuen Weltordnung ausmachen sollten: 1. Rede- und Meinungsfreiheit; 2. die Freiheit eines jeden, Gott auf seine Weise zu verehren; 3. Die Freiheit von Not; 4. Die Freiheit von Furcht, verbunden mit einer weltweiten Abrüstung, damit keine Nation in der Lage sei, einen Akt physischer Aggression gegen einen Nachbarn zu verüben. (Schäfer 1990, S. 170) Von der Durchsetzung dieser Ziele sind wir heute weit entfernt.

Aktuell Herrschende und Gewählte, ob Frauen oder Männer, haben die Schrecken des Weltkriegs nicht erlebt und spielen mit dem Feuer eines möglichen Weltbrands, der durch seine neuartigen Vernichtungswaffen die Menschheit in die Barbarei oder den Untergang führen könnte.

Nicht nur die UNO entstand. Frauen, die aktiv gegen das Naziregime kämpften, wollten nicht mehr vereinzelt, sondern organisiert und aktiv den Frieden sichern helfen. Damit wurde auch unter Beweis gestellt, daß sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen. So wurde am 1. 12. 1945 in Paris die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) gegründet. 81 Millionen Frauen aus 41 Ländern nahmen den Kampf um den Erhalt des Friedens auf. Die IDFF wurde im Verlauf der Jahre zu einer bedeutenden Kraft im Kampf um Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt, für die Durchsetzung der politischen und sozialen Rechte der Frauen und das Glück ihrer Kinder. Eine der Organisatorinnen und ihre erste Präsidentin war die Französin Eugenie Cotton (1881–1967), Professorin an der Sorbonne in Paris, die durch ihren Widerstand gegen das Hitlerregime hohe Anerkennung genoß. Es ist für mich schockierend, daß das antifaschistische Anliegen dieser Organisation im Eintrag eines Internet-Lexikons als kommunistische Frontorganisation diffamiert wird. „Frontorganisation“ ist ein Begriff, der unterstellt, daß die eigentlichen Ziele verborgen bleiben. Man kann nur hoffen, daß die begonnene Diskussion dazu führt, die Leistungen von vielen Frauen, die nicht an eine Partei gebunden sind, und für Geschlechtergerechtigkeit in all den Jahren kämpften, nicht weiter herabgewürdigt werden.

Nach 1945 engagierten sich viele Persönlichkeiten, Frauen und Männer, aus Wissenschaft, Kunst und Kultur gegen den Krieg und für ein friedliches Miteinander der Völker. Ihre Haltung wurde treffend durch den Romanschriftsteller Martin Andersen Nexö (1869–1954) in „Morten der Rote“ zum Ausdruck gebracht. „Kriege sind Menschenwerk“, betonte er und schrieb weiter: „der Krieg ist von Raubtieren in Menschengestalt hervorgebracht, die sich in ihrem gierigen Hunger nach Profit an einer Mauer den Kopf eingerannt haben und nun Dynamit unter die Mauer legen, um sie wegzusprenge“n. (Andersen Nexö 1949, S. 186)

In der UNO wurde die Leistung von Frauen im Widerstand gegen das Hitlerregime gewürdigt und des hohen Anteils von Opfern unter Frauen und Kindern im Zweiten Weltkrieg gedacht. Jahrhundertlanges Unrecht sollte allmählich überwunden werden. Dem diente auch die 1946 erfolgte Gründung der Kommission „Zum Status der Frau“ als Funktionalkommission des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) der UNO. Sie hat Empfehlungen und Berichte für ECOSOC über die Förderung der Rechte der Frauen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturell-erzieherischem und familienrechtlichem Gebiet vorzubereiten. Außerdem soll sie Aktionsvorschläge zu dringenden Problemen, die ein unverzügliches Handeln mit dem Ziel der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau erfordern, unterbreiten.

Der UNO angehörende Staaten haben Beobachterstatus. Die UNO-Organisationen UNESCO, ILO, WHO, Internationale Atomenergiebehörde, UNICEF, Welternährungsprogramm usw. haben das Recht der Teilnahme und können über die in einem Jahr geleistete Arbeit berichten. Auch der Heilige Stuhl ist immer vertreten.

Die Kommission übernahm eine komplizierte Aufgabe, denn in der Lage und im Status der Frauen drücken sich alle gesellschaftlichen Konflikte aus. Wie in einem Prisma brechen sich in der Beziehung der Geschlechter zueinander alle Probleme dieser Welt. Das erlebte ich in meiner Tätigkeit in dieser Kommission konkret durch Berichte aus verschiedenen Regionen der Welt und persönlichen Erfahrungsaustausch. Die Beziehungen zwischen Frauen und Männern werden durch Kriege, Naturkatastrophen, Bildungsnotstand, Analphabetentum, Hunger, Arbeitslosigkeit, Gewalt, Terrorismus, Flüchtlingsströme und fehlende Unterkunft deformiert und Familien zerstört. Die Problematik ist also global. Doch gegen all diese Aktivitäten, die der Friedenssicherung und der Durchsetzung der Geschlechtergerechtigkeit dienen sollten, wurden bald Aktionen ausgelöst, historisch als kalter Krieg bezeichnet. Er wurde in die UNO hineingetragen und erschwerte oft eine konstruktive Arbeit in unserer Kommission.

Winston Churchill (1874–1965) hatte bereits in seiner Rede vom 5. März 1946 in Fulton (USA) vor dem Vordringen des Kommunismus in Europa als Gefahr für die christliche Zivilisation gewarnt. Sein Ziel war eigentlich, die europäischen Länder gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Dafür wäre ihm auch ein Krieg recht gewesen. Dieses Ziel konnte zum Glück nicht realisiert werden. Dafür trieben die Westmächte die Spaltung Deutschlands voran. Die Westzonen mit eigener Währung, schon am 21. Juni 1948 eingeführt, und Marshallplanhilfe waren als Schaufenster der westlichen Welt gedacht. Bizone und dann Trizone schlossen die SBZ aus der Entwicklung eines einheitlichen Deutschlands aus. 1949 gründete sich die BRD. Die SBZ war nun gezwungen, sich ebenfalls als Staat zu formieren. Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR gegründet. Ab diesem Zeitpunkt verlief die Entwicklung der Staaten BRD

und DDR unterschiedlich. In der BRD trieben herrschende Politiker die Remilitarisierung der BRD voran. Gegen Friedensaktivitäten, die sich dagegen richteten, erfolgten Polizeieinsätze, über deren Brutalität mir aus Freundeskreisen berichtet wurde. Friedensdemonstrationen von Frauen wurden in dieser Zeit gewaltsam aufgelöst und mit Haftstrafen geahndet. Darüber berichteten viele Frauen aus der BRD in Tagungen der IDFF, an denen ich teilnahm. Mich hat Mira von Kühlmann, als „rote Baronin“ bezeichnet, sehr beeindruckt. Sie trat konsequent für Frieden, Völkerverständigung und alle sozialen Belange von Frauen ein. In Gesprächen mit ihr erfuhr ich, daß auch sie, wie ich, 1945 gehofft hatte, daß sich in Deutschland alle Kräfte für den Aufbau einer friedlichen Welt formieren würden. Wir wurden bald desillusioniert. Sie gab nicht auf. Remilitarisierung der BRD und Antikommunismus brachten sie in die Weltfriedensbewegung. Unermüdlich reiste sie zu Begegnungen von Friedenskräften und überzeugte durch ihre kompromißlose Haltung gegen jene Kräfte, die den kalten Krieg immer stärker forcierten. Ihr Engagement brachte ihr zwar in der BRD viele Angriffe und Verleumdungen ein, doch in internationalen Gremien gewann sie viele Freunde.

Dabei erschwerten patriarchalische Strukturen in vielen Ländern der Welt zusätzlich den Kampf um die Durchsetzung von Frauenrechten.

Viele internationale Debatten, ergänzt durch persönliche Gespräche, zeigten mir, wie wichtig es ist, gegen Rollenklischees zu kämpfen. Heiner Geißler (CDU) schreibt aktuell in seinem Buch zu Martin Luther: „Wo man auch hinschaut, regieren Männer und kujonieren die Frauen. Was will die Macho-Gesellschaft eigentlich den Frauen anhängen?“ (S. 154) Er zitiert Michael Moore mit seinem Buch „Stupid White Man“ mit der Frage: „Wie viele Frauen kamen jemals auf die Idee, eine ganze Menschenrasse auszurotten?“ (Geißler 2016, S. 155) Falsche und veraltete Vorstellungen werden nur mühsam überwunden. Oft festigen sie Normen, Werte und Traditionen wieder neu. Daraus resultierende Tätigkeitszuweisungen für Frauen und Männer führen dann generell zu Nachteilen für die Persönlichkeitsentwicklung. Immerhin wurde und wird in vielen Ländern heute noch Schulbildung für Mädchen verhindert. Daraus ergibt sich, daß unter den Analphabeten aktuell 60 Prozent weiblich sind. In UNO-Dokumenten wurde die Zielstellung aufgenommen, bis 2015 Schulbildung für Mädchen durchzusetzen. Die Aufgabe wurde nicht gelöst. Wir sind im Gegenteil weit davon entfernt. Auch im hochindustrialisierten Deutschland gibt es heute noch 1 Mill. Analphabeten, wobei die Zahl durch die Flüchtlinge noch gestiegen sein dürfte.

Die UNO-Kommission „Zum Status der Frau“ soll mit ihren Dokumenten Diskriminierungen und Benachteiligungen von Frauen entgegenwirken. Dabei ist immer im Blick zu behalten, daß Zielstellungen in Dokumenten nur normative Verpflichtungen sind. Ihre Auslegung erfolgt in den Ländern unterschiedlich, in Abhängigkeit von den Interessen herrschender Kreise, die die Politik auf allen Gebieten bestimmen. So sammelte ich viele Erfahrungen, die ich in meinen Vorlesungen, Studien und Vorträgen zu Frauenrechten als Menschenrechten auswerten konnte.

Als am 18. Oktober 1973 die DDR als souveräner Staat auf der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung 133. Mitglied der UNO wurde, hatte sie kompetente Persönlichkeiten für die Mitarbeit in verschiedenen UNO-Gremien zu benennen. 1975 bewarb sich das Außenministerium der DDR um einen Sitz in der Kommission „Zum Status der Frau“ beim ECOSOC der UNO. Ich sollte ihn

in ehrenamtlicher Tätigkeit neben meiner Arbeit an der Universität, einnehmen. Ich sagte aus verschiedenen Gründen zu. Durch schreckliche Kriegserlebnisse geprägt lehnte ich Kriege generell ab. Ich hoffte, in der UNO-Arbeit einen Beitrag dazu leisten zu können, Friedensinitiativen zu unterstützen und zu fördern. Bisher hatte ich schon theoretische und praktische Erfahrungen im Kampf um die Durchsetzung von Frauenrechten in verschiedenen Tätigkeiten und Ämtern gesammelt. Unterlagen, Lebenslauf, die Aufstellung meiner wissenschaftlichen Leistungen und internationale Erfahrungen wurden in einem „Council-document“ allen Mitgliedern des ECOSOC zugänglich gemacht. Der Rat wählte mich als Mitglied der Kommission. Die Ethik-Professur nahm ich weiter hauptamtlich wahr.

Ab 1976 nahm ich aktiv an der Ausarbeitung von Dokumenten teil. Auseinandersetzungen bei der Ausarbeitung waren teilweise hart. Interessen der Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung waren durch die Staatenvertreter in der Kommission durchzusetzen. Ich selbst ließ mich von meiner humanistischen Grundhaltung, von meiner pazifistischen Gesinnung, also der unbedingten Ablehnung von Kriegen als Mittel der Lösung von Konflikten, leiten. Es ging mir um Gerechtigkeit für alle Menschen, um das Recht auf ein sinnvolles Leben, das ich mit durchsetzen wollte. Es gelang mir, Achtung und Anerkennung als Wissenschaftlerin und als Vertreterin meines Staates zu erhalten. So wurde ich, oft per Akklamation, in wichtige Ämter gewählt. Mehrmals war ich Präsidentin oder Vizepräsidentin von Sitzungen der Kommission. Auf der 2. UNO-Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen wählte man mich zur „1. Vizepräsidentin in charge of coordination“. Meine Aufgabe war es, ständig den Überblick über die Arbeit des Plenums und der Kommissionen zu haben. Schon in meiner Antrittsrede betonte ich, daß Friedensinitiativen im Geist der Friedenserhaltung erst Entwicklung und Geschlechtergerechtigkeit ermöglichen. So setzte ich, gegen bestimmte Störversuche, durch, daß nordische Frauen ihre Unterschriften, die sie gegen die in der Welt existierende atomare Bedrohung gesammelt hatten, dem damaligen UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim übergeben konnten. Sie hatten über eine Million Frauen und Männer gewonnen. Vor der UNO Weltfrauenkonferenz lud ich Frau Lucille Mair Mathurin aus Jamaika, die die Funktion der Generalsekretärin für die Konferenz wahrnahm, im Auftrag des DDR-Außenministers nach Berlin ein. Sie folgte der Einladung gern, wie sie mir versicherte. Bei den Gesprächen in unterschiedlichen Gremien, vor allem zu Friedensaktivitäten, aber auch zur Frauenpolitik, konnte ich feststellen, daß Frau Mair besonders interessiert daran war, ob und wie eine fundierte Schulbildung sich positiv auf Lebensziele der zukünftigen Generation von Frauen auswirkt. Sie wollte erfahren, wie Kindergärten und Krippen, die helfen, Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf zu ermöglichen, sich auf die Entwicklung von Kindern auswirken und ob man damit dazu beiträgt, überlebte Rollenklischees allmählich zu überwinden.

1990 hatte unsere Kommissionssitzung den Charakter einer Weltkonferenz. Ich leitete als gewählte Präsidentin die Verhandlungen. Meine Wahl als Präsidentin galt eigentlich für zwei Jahre. Seit dem 3. 10. 1990 existierte die DDR nicht mehr. Nach dem Ende der DDR hatte ich die Bitte an das Auswärtige Amt meines nunmehrigen Landes, entsprechend den UNO-Regularien, die nächste Präsidentin wählen zu lassen. Ihr wurde jedoch nicht entsprochen. Die UNO-Aktivitäten für Frauenrechte verfolgte ich jedoch aufmerksam weiter.

Wichtige Dokumente der UNO sind vor allem Konventionen und Deklarationen. Eine Konvention besitzt, wenn sie in einem Land ratifiziert ist, verpflichtenden Charakter. Die nationale Gesetzgebung ist an sie anzugleichen. Mögliche Vorbehalte zu einzelnen Artikeln sind bei der Ratifizierung auszuweisen. Eine Deklaration appelliert an Staaten, sich den in ihr erhobenen Forderungen im eigenen Land zu stellen. Beteiligt war ich an zwei der wichtigsten Dokumente dieser Art, an einer Konvention und einer Deklaration. 1976 begannen wir mit der Ausarbeitung der „Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“. Es hatte viele Vorrunden gegeben. Im Ergebnis lag mit einem Papier des Generalsekretärs der UNO der Kommission ein Vorschlag vor. Wir diskutierten Artikel für Artikel. Die Staatenvertreterinnen aus den damaligen sozialistischen und ein großer Teil aus den Entwicklungsländern waren an dieser Konvention sehr interessiert. Neben sachlichen Diskussionsbeiträgen aus der westlichen Staatengruppe, die Frauenrechte gegenüber kleinlichen Einwänden in den Vordergrund stellten und Kompromißbereitschaft signalisierten, gab es Störversuche, um eine klare Sprache in der Konvention zu verhindern. Heftige Diskussionen führten wir z. B. über das Recht auf Arbeit und den Mutterschutz. Es waren Attacken gegen die Forderung, daß Regierungen die sozialen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft zu schaffen haben, abzuwehren.

Erst nach harten Auseinandersetzungen in vielen, teilweise unsachlich und auch zugespitzt geführten Debatten gelang es der Mehrheit der Kommissionsmitglieder, über wichtige Punkte einen Konsens herbeizuführen. In der Präambel heißt es, „daß die Gleichberechtigung von Frau und Mann ... eine Frage der Menschenrechte und eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit sowie zugleich eine notwendige Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“ ist. Der Zusammenhang zu den Menschenrechtskonventionen der UNO wurde so hergestellt. Ich hatte den Punkt im Auftrag der DDR eingebracht. Verbunden mit vielen persönlichen Gesprächen und fundierten Argumenten konnte ich ihn durchsetzen. Weitere wichtige Forderungen wurden in der Konvention festgeschrieben: Frauen haben ein Recht auf Arbeit. Mutterschaft ist als soziale Funktion anzuerkennen. Die Entlassung von Frauen wegen ihrer Eheschließung, der Schwangerschaft und der Mutterschaft ist zu verbieten. Es ist den Eltern zu überlassen, über die Anzahl der Kinder und den Zeitpunkt der Geburt zu entscheiden. Nachdem 20 Länder ihre Ratifikationsurkunden beim UNO-Generalsekretär hinterlegt hatten, verabschiedete am 3. 9. 1981 die UNO-Vollversammlung diese Konvention. Die DDR ratifizierte sie nach Schweden als zweites Land der Welt am 9. 7. 1980 durch den Staatsrat und förderte damit ihr Inkrafttreten. Die BRD ratifizierte die Konvention erst 1985, kurz vor der dritten UNO-Weltfrauenkonferenz. Die USA haben nicht ratifiziert. Nun hat die Konvention von den sieben Menschenrechtsverträgen inzwischen die zweithöchste Ratifikationsrate. Mehr als 184 Staaten müssen alle vier Jahre vor dem entsprechenden Ausschuß (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women) Rechenschaft über ihre Durchsetzung ablegen.

Arbeit an der Deklaration zur stärkeren Einbeziehung in den Friedenskampf war die nächste wichtige Aufgabe während meiner Tätigkeit in der UNO. Sie war noch schwieriger zu realisieren. Widerstände dagegen hatten mehrere Ursachen. Erstens wurde der Friedensbegriff unterschiedlich ausgelegt. Er wurde als Grundlage für die Verhinderung von Krieg und Gewalt im internationalen

Maßstab interpretiert. Es fehlte die konstruktive Seite von Friedensverhandlungen. Zweitens gab es einen ständigen Kampf um die Betonung der Einheit von Friedenserhaltung, Menschenrechten und Souveränität von Staaten, die in Dokumenten festgehalten werden sollte. Drittens verbargen sich hinter einer Ablehnung der Aufnahme des unter zweitens genannten Zusammenhangs starke ökonomische Interessen verschiedener Staaten. Dem hatten die Staatenvertreter in der Kommission zu entsprechen. Oft nahmen deshalb bei unseren Kommissionssitzungen Botschafter den Staatenplatz ein, um „Fehlhaltungen“ bei wichtigen Formulierungen in Dokumenten zu verhindern.

Die 1. UNO-Weltfrauenkonferenz verabschiedete 1975 in Mexiko einen Weltaktionsplan, der ein umfangreiches Programm für die Gleichbehandlung von Frauen im gesellschaftlichen Leben eines Landes enthielt. Gleichzeitig wurde eine Dekade für die Frau ausgerufen, die von 1975–1985 unter der Losung „Gleichberechtigung – Entwicklung – Frieden“ stand. Diese Dekade bewirkte einen Aufschwung in der Frauenbewegung. Sie ermutigte viele Frauen, sich für ihr eigenes Leben, aber auch das ihrer Kinder, humane Ziele zu setzen, um Rechte zu kämpfen und ihren eigenen Wert als Persönlichkeit zu begreifen. In Mexiko war bereits eine Deklaration für eine stärkere Einbeziehung von Frauen in den Friedenskampf als Aufgabe gestellt worden. Konkrete Schritte zur Realisierung fehlten lange. Ich wollte und sollte, auch im Sinne der Friedensbemühungen der DDR, mich dieser Aufgabe stellen. Wenn entsprechende Probleme zugleich von nichtstaatlichen Organisationen in gleicher Richtung artikuliert wurden, dann erhöhte das wiederum das Gewicht meines Anliegens, Ich bemühte mich um Bündnispartner und -partnerinnen und fand sie auch. Vom 20. 3. bis 5. 4. 1978 fand unsere Tagung in New York statt. Die Arbeitsatmosphäre war hektischer und die Kommunikation untereinander schwieriger als in Wien, wo sonst unsere Sitzungen stattfanden. Es lag nicht nur an der Stadt, sondern zeigte sich in der Arbeit. Die übermächtige USA-Administration war voll präsent. Zu jedem Punkt wartete sie mit Spezialisten auf, die bestimmte Aufträge erfüllten.

Meine Staatengruppe bat mich, als Sprecherin zu fungieren. Das Programm zur Frauen-Dekade sollte weiter konkretisiert werden, und die 2. UNO-Weltfrauenkonferenz war für 1980 vorzubereiten. Nichtpaktgebundene Staaten nutzten die Möglichkeit, mehr Bildungschancen und konkrete Beschäftigungsprogramme für ihre Länder zu fordern. Gleichberechtigung und Entwicklung waren so zu verbinden, daß es zu einer Erhöhung der Lebensqualität von Frauen kommen konnte. Doch dazu war die Lage von Frauen und Kindern unter Kriegsbedingungen gebührend zu beachten. Dafür brachte ich unter TOP 4b als Leiterin der DDR-Delegation eine Resolution ein, in der die Ausarbeitung einer Deklaration zur stärkeren Einbeziehung von Frauen in den Friedenskampf gefordert wurde, um den Frieden zu festigen, die internationale Sicherheit zu erhöhen und gleichzeitig den Kampf gegen alle Formen von Fremdherrschaft zu führen. Das im Dekaden-Programm Geforderte sollte durch diese Resolution bekräftigt, und es sollten praktische Schritte zur Durchsetzung eingeleitet werden. Unsere Delegation wurde von einigen nichtpaktgebundenen Staaten zwar unterstützt, doch zugleich von Staatenvertretern dieser Gruppe auch angegriffen. Das verstand ich erst nicht, erfuhr dann, daß eigene Interessen, die mit unserer Resolution übereinstimmten auf Druck einiger westeuropäischer Staaten zurückgestellt wurden. Sicher half die Drohung, von der ich öfter unter vorgehaltener Hand informiert wurde, bei nicht wunschgemäßem Abstimmungsver-

halten Entwicklungshilfe zu streichen. In der westeuropäischen Gruppe gab es mehrere Repräsentantinnen, die sich generell der Erfüllung dieser Programmforderung verweigern wollten (sollten?). Die Resolution wurde trotzdem angenommen. Die Ausarbeitung der Deklaration lag noch vor uns. Zuerst mußte das dritte Komitee, der Ausschuß für soziale, kulturelle und humanitäre Fragen, der Resolution zustimmen. Das geschah dann.

Über diesen Vorgang berichtete das „Neue Deutschland“ am 1. 12. 1979 unter der Überschrift „Deklaration in der UNO befürwortet“: „130 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen befürworteten die Ausarbeitung des Entwurfs einer Deklaration über die Teilnahme der Frauen am Kampf für die Stärkung des Weltfriedens und der Internationalen Sicherheit, gegen Kolonialismus, Rassismus, Rassendiskriminierung, ausländische Aggression und Okkupation sowie jede Form ausländischer Vorherrschaft. Die vom Ausschuß für soziale, humanitäre und kulturelle Fragen am Donnerstag beschlossene Resolution, die vom Plenum noch bestätigt werden muß, wurde von der DDR vorgeschlagen. Gegen die Resolution stimmten die USA und Israel. 23 Staaten, darunter die BRD, enthielten sich der Stimme.“ 1982, getragen von 29 Koautoren, wurde diese wichtige Deklaration auf der 37. Tagung der Vollversammlung der UNO verabschiedet. Das war ein großer Erfolg. Trotzdem war mit Resolutionen in folgenden Sitzungen der Kommission auf die Umsetzung dieser Deklaration hinzuweisen. In Artikeln der Deklaration wird mit Nachdruck hervorgehoben, daß Frauen ihren Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Zusammenarbeit nur leisten können, wenn ihnen das Recht eingeräumt wird, am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Leben der Gesellschaft unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer teilnehmen zu können. Konkretisiert wird diese Forderung u. a. im Artikel 12 der Deklaration: „Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um Frauen praktische Möglichkeiten zu geben, wirksam an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts mitzuwirken, wozu u. a. die folgenden abzielenden Maßnahmen gehören:

- a) die Förderung einer gerechten Vertretung der Frau in staatlichen und nichtstaatlichen Ämtern;
- b) die Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau hinsichtlich des Eintritts in den diplomatischen Dienst;
- c) die gleichberechtigt mit dem Mann erfolgende Ernennung bzw. Nominierung von Frauen zu Mitgliedern von Delegationen für nationale, regionale oder internationale Konferenzen;
- d) die Unterstützung der Einstellung einer größeren Anzahl von Frauen auf allen Ebenen des Sekretariats der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen im Einklang mit Artikel 101 der Charta der Vereinten Nationen.“ Leider wurden diese Forderungen auch in den osteuropäischen Ländern nur unzureichend durchgesetzt.

Fazit: Zur aktuellen Situation

Viele der damals aufgegriffenen Probleme stehen auch heute noch zur Lösung an. Es ist bisher nicht gelungen, trotz all dieser Dokumente, Handlungsanweisungen und Proteste gegen kriegerische Auseinandersetzungen, Kriege zu verhindern. Ganz im Gegenteil: Es führen regionale Kriege zu Flüchtlingsströmen, die global bewältigt werden müssen. Wieder leiden vor allem Frauen und Kinder sowie ältere Menschen. Neue Waffen wurden und werden entwickelt und eingesetzt. Laserwaffen ermöglichen ge-

zielte Tötungen. Drohnen, unbemannte Luftfahrzeuge genannt, die durch Computer oder Bodenfernsteuerung geflogen werden, sind im tödlichen Einsatz. Die friedliche Verwendung zum zivilen Nutzen wird kaum diskutiert. Sie dienen der Spionage, gezielten Tötungen von Terrorverdächtigen, geheimdienstlichen und polizeilichen Zwecken. In Kriegshandlungen, wie in Jemen, wurden unschuldige Menschen getötet. Durch Drohnen sterben Monat für Monat Dutzende von Kindern, Frauen und Männer. Der Fachbegriff für Mord durch Drohnen heißt „longway target killing“ (gezielte Ferntötung). Wer trägt die Verantwortung für den anti-humanen Einsatz? Warum werden von der UNO die Einsätze mit bewaffneten Drohnen nicht verboten? Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen befaßte ich auf seiner Sitzung am 31. Oktober 2000 mit dem Punkt „Frauen, Frieden und Sicherheit“, doch er bezog keine direkte Stellung zu neuen modernen Waffensystemen und den Folgen ihrer Anwendung.

Im Ergebnis der Beratung wurde die Resolution 1325 verabschiedet. Ihr Hauptanliegen ist es, zu erklären, wie wichtig die Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei der Friedenskonsolidierung ist. Frauen sollen an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben. Ihre Mitwirkung an den Entscheidungen im Hinblick auf die Verhütung und Beilegung von Konflikten ist dazu auszubauen. Unter Verweis auf das Völkerrecht und die Rechtsstellung der Flüchtlinge wird auf die von mir genannte UNO-Konvention „Über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ verwiesen. Da in bewaffneten Konflikten und Kriegen besonders Vergewaltigung von Frauen als Kriegswaffe dient, um Ethnien auszulöschen, werden alle Formen sexueller und sonstiger Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte scharf verurteilt. Jean Ziegler, oft im Einsatz für die UNO, schreibt dazu: „In allen Strafgesetzbüchern zivilisierter Staaten ist die Vergewaltigung ein Verbrechen mit Bewährungsfrist. Bei den Massenvergewaltigungen gibt es sie nicht, weil sie als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft wird.“ (Ziegler 2017, S. 190) Auf Initiative Kanadas entstand 2001 auf der Ebene der UNO die Gruppe Friends of 1325 (Freundesgruppe der Resolution), ein loser Zusammenschluß von Staaten, die sich für die Umsetzung dieser UN-Resolution besonders einsetzen. Im Jahr 2005 forderte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die Mitgliedsstaaten auf, nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Resolution 1325 aufzustellen. Im Oktober 2010 hatten 23 Staaten einen solchen Aktionsplan verabschiedet: Dänemark 2005, Norwegen, das Vereinigte Königreich und Schweden 2006, die Elfenbeinküste, die Schweiz, Österreich, Spanien, Niederlande 2007, Island, Finnland und Uganda 2008, Liberia, Belgien, Portugal und Chile 2009 sowie die Philippinen, Sierra Leone, Ruanda, die DR Kongo, Bosnien-Herzegowina, Nepal und Kanada 2010. Bis 2015 haben weitere 21 Staaten die Resolution angenommen, darunter die USA 2011 und Deutschland 2013. Seitens vieler NGOs wird jedoch bemängelt, daß die Resolution 1325 bisher keine institutionelle Kraft entfalten konnte. Auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, stellte am 25. September 2010 mit Blick auf das zehnjährige Jubiläum der Resolution fest, daß die „Erfolge der letzten zehn Jahre nicht den eigenen Erwartungen entsprochen“ hätten. Die BRD folgte am 19. 12. 2012 der Aufforderung und verabschiedete den „Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung von Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen für den Zeitraum 2013–2016“. Inzwischen wurde der Aktionsplan bis 2020 angenommen. Über die

Erfüllung von den in der Resolution enthaltenen Aufgaben und Zielstellungen ist in der Öffentlichkeit leider meist nichts bekannt. Manchmal werde ich gefragt, ob die UNO sich nicht überlebt habe. Trotz aller Kritik an fehlenden Kompromissen von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Orientierung, um die humane Lösung von globalen Problemen zu befördern, bleibt die Frage: Wer soll und kann sich für die Erhaltung der Menschheit als Gattung und ihrer natürlichen Existenzbedingungen, für die friedliche Lösung von Konflikten, für Toleranz gegenüber anderen Wertegemeinschaften und für die Erhöhung der Lebensqualität aller Glieder der sozialen Systeme einsetzen? Wir brauchen dazu eine Methodologie und Ethik der Kooperation, die über die UNO mit Konventionen zu entwickeln ist.

Prof. Dr. Helga E. Hörz, Berlin

Literatur:

- Heiner Geißler: *Was würde Luther heute sagen?* Ullstein-Verlag, Berlin 2016
- Herbert Hörz: *Sind Kriege gesetzmäßig? Standpunkte, Hoffnungen, Handlungsorientierungen.* Berlin: Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik e.V. Reihe: Europäische Integration. Grundfragen der Theorie und Politik, Nr. 23/2010
- Marinic Jagoda: *Action 2017, „Süddeutsche Zeitung“*, Nr. 185, 12./13. 8. 2017, S. 5
- Mira von Kühlmann: *Frieden ohne Widerruf. Erinnerungen aus meinem Leben.* Union-Verlag, Berlin 1975
- Martin Anderson Nexö: *Morden der Rote.* Dietz-Verlag 1949
- *Die Entstehung der UNO. Die Vereinten Nationen und ihre Spezialorganisationen. Dokumente Bd. 1, zusammengestellt und eingeleitet von Prof. Dr. sc. jur. Harry Wünsche.* Staatsverlag der DDR, Berlin 1974
- Peter Schäfer: *Die Präsidenten der USA im 20. Jahrhundert.* VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1990
- Jean Ziegler: *Der schmale Grat der Hoffnung.* C.-Bertelsmann-Verlag, München 2017





Es ist Zeit, damit Schluß zu machen. Für ein Verbot aller Atomwaffen!

Abrüsten statt aufrüsten!

Beilage zum „RotFuchs“ Nr. 242 (März 2018)

Layout: Wolfgang Metzger / Rüdiger Serinek

Titelgrafik nach einem Plakat Pablo Picassos für den
„Weltkongreß für allgemeine Abrüstung und Frieden“, Moskau 1962